Donnerstag, 24. November 1932
Nr. 268. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hitler in tausend Nöten

Denkschriften statt „rettender Taten"

Krach bei den Nazis — immer noch alles unentschieden

Noch selten ist um eine Regierungsbildung ein so langer und erbitterter Kuhhandel geführt worden wie diesmal, seitdem Hitler einen Auftrag des Reichspräsidenten erhalten hat. Obwohl alles getan wird, um die Verhandlungen in undurchsichtiges Dunkel zu hüllen, ist so viel zuverlässig durchgesickert, daß

bei den Nationalsozialisten selbst starke Meinungsverschiedenheiten

bestehen, die im Laufe des Dienstag in langen Sitzungen sehr erregt ausgetragen worden sind. Dieser Konflikt endete dann damit, daß Hitler sich von den weiteren Verhandlungen zurückzog und den Abend im Theater verbrachte, während Strasser, Frick und Goering die ganze Nacht hindurch ein umfangreiches Memorandum ausarbeiteten.

Auch Mittwoch vormittag fanden im Kaiserhof noch Besprechungen statt, in denen die endgültige Fassung der Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten redigiert wird. Die Antwort wird in den frühen Nachmittagsstunden überreicht werden, so daß mit der Bekanntgabe der Einzelheiten erst im Laufe des Nachmittags oder Abends zu rechnen ist. Es gilt aber schon jetzt für sicher, daß sie eine Mehrheitsbildung ablehnt, aber gewisse Vorschläge für die Bildung einer Präsidialregierung macht. Die weiteren Entscheidungen des Reichspräsidenten sind für heute nicht mehr zu erwarten.

Vermittlungsversuche zwischen Hitler und Hugenberg

Berlin, 22. November.

CNB. Wie wir erfahren, hat der Herzog von Koburg heute vormittag den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg aufgesucht. Auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat Dr. Hugenberg einen Besuch abgestattet. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß diese Besuche den Bemühungen einer Annäherung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten dienen sollten. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird von deutschnationaler Seite keine Mitteilung gemacht.

Sanftmut gegen Nazis — Schüsse auf Kommunisten

Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin, dem Hauptquartier der Nazi-Führer, waren auch am gestrigen Tage ständig große Massen von Nationalsozialisten versammelt. Die Polizei hatte zwar Absperrmaßnahmen durchgeführt, verhielt sich aber so passiv, daß es den Nationalsozialisten rasch gelang, beim Erscheinen von Dr. Goebbels die Sperrketten zu durchbrechen. Die Polizei unternahm dagegen nichts.

Im Norden Berlins bildeten sich in den gestrigen Abendstunden kommunistische Ansammlungen, die beim Erscheinen der Polizei rasch auseinandergingen. Trotzdem fühlte sich ein Polizeibeamter „so hart bedrängt", daß er einen Schuß abgab, durch den eine Frau am Fuß verletzt wurde. Drei Demonstranten wurden verhaftet und der Politischen Polizei übergeben.

SPD-Presse serienweise verboten

Essen, 22. November.

Die gesamte niederrheinische SPD-Presse ist von Dienstag ab bis einschließlich Sonnabend durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz verboten worden. Als Grund des Verbots wird die Veröffentlichung eines Artikels „Brachts komödienhafte Hauptmann-Ehrung" am 17. November angegeben. Von dem Verbot werden die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Blätter in Essen, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Neuß und Wuppertal betroffen.

Wegen Streikpropaganda 15 Kommunisten verhaftet

Ludwigshafen Rh., 22. November.

CNB. Die Polizei hat in der vergangenen Nacht eine größere Aktion gegen die hiesige Bezirksleitung der KPD durchgeführt. 15 Angehörige der KPD sind verhaftet worden.

Ludwigshafen Rh., 22. November.

CNB. Als Grund der gemeldeten Verhaftungen von 15 Kommunisten kann die in der kommunistischen Presse und in vertraulichen Aussprachen vertretene Propaganda von Massenstreiks angesehen werden, die bereits heute in einigen Fabrikbetrieben in Erscheinung trat.

Empörende Milde gegen Nationalsozialisten

Lüneburg, 22. November.

In dem Prozeß gegen 14 Nationalsozialisten wegen der sogenannten Barendorfer Saalschlacht, in der Nacht zum 15. September d. J. beantragte der Staatsanwalt heute auf Grund der Terror-Notverordnung gegen die 6 Hauptbeteiligten je 10 Jahre Zuchthaus und gegen die übrigen je 1 Jahr Zuchthaus.

Lüneburg, 22. November

Im Prozeß wegen der Saalschlacht in Barendorf blieb das Gericht weit unter den Anträgen des Staatsanwalts und verurteilte fünf Angeklagte zu je einem Jahr Zuchthaus wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch aus politischen Gründen. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

Rundfunkkommissar Scholz tritt ab

Berlin, 22. November

Nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks tritt der Rundfunkkommissar, Ministerialrat Scholz, wieder in das Reichsministerium des Innern zurück. Der Reichsminister des Innern hat Herrn Ministerialrat Scholz seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks ausgesprochen. Mit der vorläufigen Vertretung des Rundfunkkommissars ist der Rundfunkreferent im Reichsministerium des Innern, Oberregierungsrat Dr. Conrad, beauftragt worden. Die endgültige Besetzung der Stelle, die ausschließlich Sache des Reichsministers des Innern ist, bleibt vorbehalten. Ein Beamter des Reichministeriums des Innern ist dafür nicht in Aussicht genommen.

Der Rücktritt des Herrn Scholz war bereits vor einiger Zeit gemeldet worden, wurde damals aber von der Regierung in schroffer Form dementiert. Jetzt ist der Rundfunkkommissar, der seit dem 10. August so „ruhmvoll" seines Amtes waltete, unmittelbar nach seinem Chef Freiherrn von Gayl in der Versenkung verschwunden. Es bleibt aber das reaktionäre Werk, das unter seiner Leitung im Rundfunk geschaffen wurde. Der Kampf gegen die Rundfunkreaktion muß also mit unverminderter Kraft fortgesetzt werden.

156000 Arbeitslose mehr!

Die Steigerung in 14 Tagen — Der Bankrott der „Wirtschaftsankurbelung"

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. November um 156 000 gestiegen und beträgt jetzt insgesamt

5 265 000 gemeldete Arbeitslose.

Daß dazu mindestens 2 Millionen nichtgemeldete Arbeitslose kommen, haben wir schon des öfteren dargelegt.

Der amtliche Bericht versucht mit allen möglichen Argumenten, die furchtbare Bedeutung dieser erneuten lawinenartigen Steigerung der Arbeitslosigkeit herabzumindern, unter anderem durch den Hinweis, daß im Vorjahr zu derselben Zeit die Arbeitslosenziffer um 220 000, im Jahre 1930 sogar um 230 000 gestiegen wäre. Das ist ein schlechter Trost für die Arbeitslosen und für die ganze Arbeiterschaft. Im übrigen aber sollte doch gerade durch die Papen-Wirtschaftspolitik, durch die „Ankurbelung der Wirtschaft", für die mehrere Milliarden Mark vom Reich ausgeworfen wurde, und wozu man einen unerhörten Lohnraubfeldzug gegen die Arbeiterklasse eingeleitet hat, die Arbeitslosigkeit um 1½ bis 2 Millionen verringert werden. „An die 2 Millionen Arbeitslose werden wir den Betrieben zuführen." So wurde doch von der ganzen regierungstreuen und dem größten Teil der bürgerlichen Presse wochenlang verkündet. Und als in der zweiten Hälfte des Oktobers die Arbeitslosenziffer um wenige Tausend zurückging, wurde das von derselben Presse als der Beweis für die Richtigkeit der Papen-Wirtschaftspolitik triumphierend in die Welt hinaus posaunt. Jetzt zeigt sich der ganze Bankrott, aber

die Milliarden sind futsch, die Not der Masse der Bevölkerung ist größer denn je.

Für alle denkenden und verantwortungsbewußten Menschen und erst recht für jeden Marxisten war dieser Ausgang des ganzen Wirtschafts-Ankurbelungsschwindels im voraus klar, was auch von uns jederzeit offen ausgesprochen wurde. Die Frage aber ist, wie lange sich das deutsche Volk, vor allen Dingen die arbeitende Bevölkerung, derartige Experimente, die mit ihrem Gut und Blut, mit ihrer Not und ihrem Elend bezahlt werden, noch gefallen lassen wird.

In diesen Tagen wird wieder gekuhhandelt um eine neue Regierung. Wie die aus diesem Kuhhandel hervorgehende Regierung auch heißen mag, sie wird auf jeden Fall wieder mit Experimenten ähnlich wie Papen zu operieren versuchen. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse mit diesem Spiel Schluß macht und selbst in Aktion tritt. Kein Papen, kein Hitler und auch kein Schleicher, Hugenberg oder Kaas kann den kapitalistischen Bankrott aufhalten. Sie können nur die kapitalistische Anarchie auf Kosten gesteigerter Massennot verlängern. Es bleibt kein anderer Ausweg für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, für die Rettung der großen Masse der Bevölkerung aus tiefster Verelendung als der Sturz dieser bankrotten Wirtschaft und die Errichtung des Sozialismus.

Wohnungsnot

Von K. Geuer, Köln[1])

Die Frage um Wohnung und Miete wird für die Arbeiterschaft immer schwieriger. Wenn man von Wohnungsmangel und Wohnungsnot spricht, darf man sich nicht irritieren lassen von der Tatsache, daß in vielen Großstädten zu tausenden leerstehende Wohnungen vorhanden sind und daraus schließen, es gibt keinen Wohnungsmangel mehr. In Köln stehen etwa 5000 große Wohnungen leer. Es sind dieses aber keine Arbeiterwohnungen. Hauszinssteuer sowie Grundvermögenssteuer wird nicht von den Besitzern aufgebracht. Infolgedessen „muß" der hohe Mietpreis auch dem Hausbesitzer erhalten bleiben. In letzter Zeit sind staatliche Mittel bereit gestellt worden zur Teilung von großen Wohnungen. Auch nach Teilung wird der Mietpreis prozentual nicht wesentlich gesenkt werden können. Es waren keine Arbeiterwohnungen und werden keine Arbeiterwohnungen werden. Alle Kleinwohnungen sind vermietet.

Auch in besser bezahlten Beamten- und Angestelltenkreisen wirkt sich die Wirtschaftskrise seit Jahren sehr nachhaltig aus. Nicht weil sie die hohe Miete nicht zahlen wollen, sondern weil sie nicht mehr zahlen können, sind diese Schichten auf der Suche nach billigen Wohnungen. Die Familien, welche mittlere Wohnungen bewohnt haben, suchen nach kleineren und die Arbeiter werden zu Tausenden obdachlos und liegen, wenn mit ihren Familien nicht in Obdachlosenasylen, dann in Baracken, Gartenlauben und wie man in letzter Zeit viel beobachtet in alten, abgemusterten Eisenbahnwaggons. Seit Jahren schon sind in Köln die Militärkasernen der Vorkriegszeit von Arbeitern bewohnt. Gleichzeitig aber auch, weil es doch Elendsquartiere sind, verwanzt. Die Mieter bzw. Familien stehen unter Kuratel einiger Fürsorgerinnen. Nichts darf im Hause geschehen, ohne sie. Sie bestimmt, was gekocht wird und weiß sehr genau, was die Kinder anzuziehen haben. Neben den mehr als 1000 Kasernenwohnungen in Köln gibt es noch mehr als 1200 Barackenwohnungen. Nicht nur verwanzt, sind die Wohnungen auch noch mit Ungeziefer aus den umliegenden Gärten und Feldern nach den heißen Sommermonaten durchsetzt.

Dieser Barackenbau war nach Ansicht der Stadtverwaltung und der im Stadtparlament stark vertretenen Sozialdemokratie ein notwendiges Uebel. Man glaubte demnach wohnungssuchenden Familien schnell helfen zu können und baute reichlich vier Jahre Baracken. In einzelnen Stadtteilen sind sie brüchig und fast unbewohnbar und bilden eine Kulturschande. Sie bilden aber eine gute Einnahmequelle für die Stadt Köln. 8.— Mk. pro Raum sollen die Mieter zahlen. Auf Grund der Brüningschen Notverordnung vom 8. Dezember sollte die Miete um 10 Prozent gesenkt werden. Den Aermsten der Armen, den Barackenbewohnern, hat man die Miete um 1—5 Prozent gesenkt. Soweit die Mieter Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind, kürzt man die Wohlfahrtsunterstützung um 25 Prozent, welche als Mietanteil in der Unterstützung enthalten sind. Eine Mieterversammlung der Barackenbewohner hatte, um einen Druck auf die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Köln auszuüben, beschlossen, in Anbetracht des schlechten Zustandes der Baracken pro Raum 5.— Mark zu zahlen. Hierauf erfolgte prompt vom Wohlfahrtsamt die Gegenmaßnahme, die Wohlfahrtsunterstützung um den Mietanteil zu kürzen. —

In den Minderbemittelten-Wohnungen bzw. Siedlungen sieht es bezüglich der Mietzahlung nicht besser aus. Die Post hat reichlich zu tun an der Zustellung von Forderungen, Mahnungen und Räumungsklagen. Tagtäglich stehen nicht einzelne, sondern viele Räumungsklagen bei Gericht an und füllen tageweise ein Viertel der ganzen Terminrolle. Die Arbeiterschaft weiß nicht mehr aus noch ein. Löhne und Gehälter stehen nicht mehr im Einklang zu der momentan zu zahlenden Miete. Kommunen und Reichsregierung fragen den Teufel danach, ob die Arbeiterschaft ihre Mieten zahlen kann. Die unteren Organe und Bau-

[1]) Der Genosse Geuer behandelt hier ein für Millionen von Proletariern sehr aktuelles Problem, allerdings nur von seinen Kenntnissen und Erfahrungen in Köln aus. Doch seine Kritik trifft auf die in fast allen Arbeiterstädten ähnlichen Verhältnisse zu.

genossenschaften machen ihre letzten Anstrengungen, um die Mieten hereinzuholen. Besieht man sich die Bilanzen dieser Baugenossenschaften, dann stellt man fest, wie traurig es um sie bestellt ist. Der Apparat wird nicht nur durchgehalten, sondern muß auf Grund der Struktur und der sich häufenden Mahnungen und Räumungsklagen noch durch Arbeitskräfte aufgefüllt werden.

Was Brüning und Papen uns beschert haben, hat nun die Arbeiterschaft auszukosten. Hunderte von Mark Mietrückstand aber wie zahlen? Dieser Alpdruck wird auf der Arbeiterschaft so lange lasten, bis sie selbst Ordnung schafft. Der Sozialdemokratie kann man ins Tagebuch schreiben, daß sie mit schuld an dieser großen Misere ist, durch ihre Tolerierungs- und Koalitionspolitik die von ihr die ganzen Jahre nicht nur im Reich und den Ländern, sondern vornehmlich auch in den Kommunen betrieben wurde.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind in ihrer Mehrzahl von dieser Not genau so betroffen, wie der übrige Teil der Arbeiterschaft. Gerade in den Elendswohnvierteln ist daher auch der Drang nach Einheitsfront des Proletariats am stärksten. Leider aber wird die Einheitsfront von der SPD-Führung sabotiert und von der KPD-Führung zwar propagiert, aber jeder praktische Versuch durch allerlei parteiegoistische Machinationen immer wieder auseinandergeschlagen. Die immer noch mehr ansteigende Not gerade auf dem Wohnungswesen erzwingt aber endlich ein entschlossenes einheitliches Handeln.

Es ist Aufgabe der SAP und aller Genossen, daß sie auch auf diesem Gebiet bahnbrechend vorangehen. Um so schneller werden dann alle Proletarier, auch die SPD- und KPD-Arbeiter, erkennen, daß der von uns, besonders in unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgezeigte Weg der einzig gangbare und erfolgreiche ist.

Darum einheitlicher Kampf für: Sofortige Mietspreissenkung, Einstellung der Exmittierungen, Sicherung einer menschenwürdigen Wohnung für jeden Arbeitslosen und Sozialrentner!

Riesenpleite in Nazi-Mecklenburg

Mekienburg-Schwerin, 23. November

WTB. Im Haushaltsausschuß des Mecklenburg-Schweriner Landtags teilte ein Regierungsvertreter mit, daß sich ein Gesamtfehlbetrag von acht Millionen Mark im Haushaltsplan ergebe. Dringend notwendig sei die Herabsetzung der Kosten im Staatshaushalt. Eine Kürzung der sachlichen Ausgaben um 30 Prozent sei bereits verfügt. Außerordentlich große Einschränkung der Behörden, Herabsetzung der Kosten für den Unterhalt von Staatsgebäuden und Kunststraßen sei nicht zu vermeiden. Die Regierung habe sich deswegen entschließen müssen, die Schlachtsteuer für Mecklenburg-Schwerin einzuführen, deren Jahresaufkommen auf drei Millionen Mark geschätzt werde. Auch die Kürzung der Beamtengehälter sei unvermeidlich. Man sei sich aber noch nicht klar, ob direkte Gehaltskürzung oder das sogenannte Rollsystem zur Anwendung kommen soll. Für das Jahr 1933 sei mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Stadtverordnetenwahl in Geesthacht

Die SAP beteiligt sich mit eigener Liste

In Geesthacht (Hamburger Landgebiet) ist das Stadtparlament aufgelöst worden, nachdem KPD und Bürgerblock ihre Mandate zur Verfügung gestellt und damit die Beschlußunfähigkeit der Stadtvertretung herbeigeführt haben. Diese Haltung der KPD, die in allen Fragen Hand in Hand mit der Papen-Partei arbeitet, beleuchtet die Politik der KPD mit aller Deutlichkeit. Die KPD führt ihren Kampf in erster Linie gegen unseren Genossen Ziehl, der als Stellvertretender Bürgermeister dem Rat angehört. Ziehl gehörte früher der KPD an, aus der er im August 1931 ausgeschlossen wurde.

Trotz dieser Haltung der KPD, die in der schäbigsten Weise kämpft, schlug die SAP um der Interessen der Arbeiterklasse willen der KPD und der SPD vor, eine gemeinsame rote Arbeiterliste für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl einzureichen. Beide Parteien bewiesen wieder, daß ihr Ruf nach der Einheitsfront nur Schwindel ist, denn keine von ihnen erteilte bis zum festgesetzten Termin eine Antwort. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der SAP stellte daraufhin einstimmig für die am 27. November stattfindende Wahl die folgende Liste der SAP auf:

1. August Ziehl, Korbmacher,
2. Willy Rieck, Arbeiter,
3. Else Siebert, Hausfrau,
4. Gottfried Befeld, Arbeiter,
5. Heinrich Riecke, Arbeiter,
6. Martha Heuer, Leiterin der Volksküche,
7. Bernhard Schmidt, Arbeiter,
8. Otto Bergner,
9. Johannes Stahmer, Tischler,
10. Martha Riecke, Hausfrau,
11. Ernst Schnackenbeck, Arbeiter,
12. Johann Jahnke, Rentner.

Am Freitag, dem 25. November, wird in einer großen öffentlichen Versammlung bei Walter Hoffmann über die Aufgaben der SAP gesprochen werden.

Verrückt!

„Die SAP ein Bestandteil des Faschismus" — sagt die KPD-Zentrale — Arbeiter, was sagt ihr dazu?

„Im Feuer der bolschewistischen Selbstkritik" hat nach dem Bericht der „Roten Fahne" vom 22. November der KPD-Bezirksparteitag, Berlin-Brandenburg, getagt. Aus dem viele Seiten langen Bericht über die Referate und Beschlüsse dieses Parteitags (die Diskussion spielt, wie immer bei der KPD, in den Berichten eine untergeordnete Rolle) ist auch nicht ein neuer Gedanke herauszulesen. Es sind durchweg die alten, seit Jahren bekannten Phrasen über „Massenarbeit", „bolschewistische Selbstkritik", „revolutionäre Einheitsfront" usw. Kurz, der alte ultralinke Kurs wird unverändert fortgesetzt.

Interesse verdient nur eine Stelle aus dem politischen Referat von Ulbrich, wo er ein wenig den Schleier lüftet über die internen Vorgänge bei der Absägung von Heinz Neumann. Man erfährt dabei die bemerkenswerte Tatsache, daß der gewiß zu allen abenteuerlichen und ultralinken Streichen fähige Heinz Neumann deshalb abgesägt wurde, weil er in einer vernünftigen Anwandlung einen geradezu hanebüchenen Blödsinn in einem offenen Brief von Stalin durch ein Kommentar etwas korrigierte. Hören wir was Ulbrich darüber zu berichten weiß:

„Heinz Neumann war es, der durch eine Vorbemerkung zum Stalin-Brief in der „Rothen Fahne" diesen Brief verfälschte. Der Sinn des Stalin-Briefes war der konsequente Kampf gegen die Sozialdemokratie. Während der Genosse Stalin „die SAP als einen Bestandteil des Faschismus als zugehörig zum „gemäßigten Flügel des Faschismus" (!?) bezeichnete, wurde in der Vorbemerkung Neumanns die SAP-Politik als eine Politik des Schwenkens zwischen der KPD und der SPD charakterisiert, der sozialfaschistische Charakter der SAP und der „linken" Manöver der SPD wurde von ihm bestritten.“

Das also ist das „Verbrechen" von Heinz Neumann. Er hatte noch soviel gesunden Menschenverstand, um zu wissen, daß die „Feststellung" Stalins, die SAP wäre ein Bestandteil des Faschismus, von keinem denkenden Arbeiter in Deutschland, auch wenn er der glühendste Anhänger Thälmanns ist, ernst genommen werden konnte, sondern nur auf eine Blamage des „großen Führers" Stalin hinauslaufen müßte. Heinz Neumann hat es aber trotzdem nicht gewagt, die betreffende Stelle aus dem offenen Brief Stalins zu streichen, er wurde unverändert veröffentlicht. Aber Heinz Neumann hat ihm eine ihm plausibler erscheinende Erklärung gegeben. Das aber ist ein Staatsverbrechen an seiner Heiligkeit dem Papst Stalin von Moskau.

So glaubt die KPD und kommunistische Internationale Revolutionäre erziehen zu können!

Es erübrigt sich, auf die irrsinnigen „Feststellungen" Stalins auch nur mit einem Wort zu antworten. Wir wollen nur konstatieren, daß Stalin, der schon zu wiederholten Malen bewiesen hat, daß er keine blasse Ahnung von der deutschen Arbeiterbewegung hat, jeden Unsinn schreiben kann und daß es dann Pflicht der KPD und aller ihrer Anhänger ist, gedankenlos das nachzubeten. Auch der einfachste KPD-Arbeiter — und wenn er 100%ig alle Komintern- und KPD-Thesen sowie alle Thälmann-Reden für richtig hält — weiß aus seiner täglichen Praxis, welcher Unsinn nicht nur in diesen Worten steckt, sondern wie arbeiterfeindlich und die Einheitsfront verhindernd diese KPD-Thesenschusterei und ihre daraus folgende Politik ist. Ein KPD-Arbeiter mag die SAP und ihre Politik für falsch halten, aber er weiß aus seiner Praxis, daß jeder SPD-Genosse mit ihm immer dann in einer Front steht, wenn es gegen den Faschismus geht.

Aber — und das ist das tragische in der KPD — die Wahrheit auszusprechen, kann kein Arbeiter auf einem KPD-Kongreß wagen. Doch fordern wir alle unsere Genossen auf, diese Frage überall an die KPD-Mitglieder direkt zu stellen.

Außenpolitische Gründe

Warum wurde Gontards Name verschwiegen?

Leipzig, 21. November.

Wth. In Anschluß an die nichtöffentliche Sitzung wird Herr Gontard weiter als Zeuge vernommen. Zunächst wird das Vernehmungsprotokoll des erkrankten Kriminalkommissars Göpner verlesen. Dieser hat die ersten Besprechungen mit von Gontard geführt. Es fällt sofort auf,

daß seine Aussagen im krassen Widerspruch zu den Bekundungen Gontards stehen.

Göpner behauptet, Gontard habe den Verrat von einem Engländer, Gontard selbst sagt von mehreren. Göpner sagt, daß er Gontard aufgesucht habe, Gontard gibt an, zu Göpner gegangen zu sein. Göpner bezeichnet Gontard als den treibenden Teil dafür, daß sein Name verschwiegen wird, während Gontard auf den toten Direktor Hellwig verweist und es als „rätselhaft" bezeichnet, daß sein Name verschwiegen wird.

Bei diesem Punkt hakt die Verteidigung ein. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld erwähnt eine im Reichsjustizministerium stattgefundene Konferenz, in der beschlossen wurde, den Namen von Gontard geheimzuhalten.

Da erhebt sich Reichsanwalt Napel und gibt eine formulierte Erklärung ab. Die Reichsanwaltschaft habe an der Verschweigung des Namens kein Interesse gezeigt.

Auf Druck vom Justizministerium sei aus „außenpolitischen" Gründen der Name des Herrn von Gontard nicht in die Akten aufgenommen worden.

Die Beamten, die sich mit dieser Frage befaßt haben, würden keine Aussagegenehmigung über diesen Punkt erhalten.

Gontard selbst kann nicht erklären, wie es kam, daß er unter eine Zeugenaussage nicht seinen Namen zu setzen brauchte. Er hat, so äußert er sich, darüber nicht nachgedacht.

Es kommt dann zu einem scharfen Angriff Bullerjahns gegen Gontard. Dieser richtet eine Reihe Fragen an seinen ehemaligen Chef. Es handelt sich vor allem um den Zeitpunkt der erhaltenen Mitteilungen über den Verrat Bullerjahns. Als Gontard hier wieder ausweichen will, macht ihm B. in erregtem Tone Vorhaltungen. Senatspräsident Bürger greift ein. Daraufhin erklärt Bullerjahn:

„Der Generaldirektor, der mich 15 Jahre ins Zuchthaus brachte, muß sich schon solche Fragen gefallen lassen. Ich habe genug gelitten."

Leipzig, 22. November.

Zu Beginn der heutigen Sitzung gab die Verteidigung durch den Mund unseres Gen. Dr. Rosenfeld folgende Erklärung ab:

„Nachdem nunmehr der ganze Inhalt der Aussage des Zeugen von Gontard durch seine Vernehmung nach allen Seiten erforscht ist und nachdem auch andere Tatsachen festgestellt sind, die in öffentlicher Sitzung nicht weiter erörtert werden können, hält die Verteidigung es nunmehr für überflüssig, noch weitere Fragen an diesen Zeugen zu stellen. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß für die Frage der Schuld Bullerjahns die Aussage Gontards durch seine persönliche Vernehmung völlig unerheblich geworden ist. Weiter wird erklärt, es komme der Verteidigung vor allem auch darauf an,

die Nichttäterschaft Bullerjahns nachzuweisen.

Da nun in dieser Verhandlung nach Ansicht der Verteidigung bereits mehrere Anzeichen dafür hervorgetreten sind,

daß andere Personen als Bullerjahn den Verrat begangen haben,

hält sich die Verteidigung für verpflichtet, einen weiteren Beweisantrag in dieser Richtung zu stellen. Es wird beantragt, als weiteren Zeugen zu vernehmen: den Chauffeur Karl Gollos aus Berlin. Dieser Zeuge soll bekunden, daß er kurz vor Weihnachten 1922 als Chauffeur bei der IMKK den Leutnant Jost in das Hotel Bellevue gefahren hat. Es war abends gegen 6 Uhr, als der Zeuge mit seinem Wagen vor diesem Hotel wartete. Um diese Zeit kamen zwei Leute, anscheinend Arbeiter, an den Zeugen heran und fragten ihn, ob das Leutnant Jost gewesen sei, der eben aus dem Wagen ausgestiegen sei. Auf die Frage des Zeugen, warum sie das wissen wollten, sagten sie, sie seien schon bei den Engländern gewesen, dort aber abgeblitzt und von der englischen Kommission an Leutnant Jost gewiesen worden. Auf weitere Fragen des Zeugen sagten die beiden Männer, sie seien in Wittenau beschäftigt und sie hätten von dort auf Lastkraftwagen heimlich Waffen weggebracht. Ein französischer Soldat, der als Schreiber der IMKK tätig war, nahm die beiden Leute mit ins Hotel."

Das Gericht beschließt Ladung der Zeugen.

Von dem als wichtig erachteten Zeugen, Agenten Bientz ist leider ein ablehnender Bescheid eingegangen; er ist nur bereit, sich schriftlich zu äußern.

Der frühere Redakteur, R.-A. Olden, hat im „Berliner Tageblatt" den Fall Bullerjahn behandelt. Am 3. Dezember 1928 hat Olden in der Redaktion des „B. T." ein Gespräch mit Gontard geführt, dem es darauf ankam, eine Meldung über sein Unbeteiligtsein an der Verurteilung Bullerjahns in die Zeitung zu lancieren. Bei dieser Gelegenheit hat Gontard noch mitgeteilt, daß er die Mitteilung über den Verrat von „seinen Herren" aus dem Betrieb habe. Olden nennt das

eine wissentliche Täuschung der Oeffentlichkeit.

Zum Schluß der heutigen Tagung wird der Direktor Linhoff, Berlin, vernommen. Dieser hat mit einem Wiener Herren, geführt von dem verstorbenen Direktor Hellwig, wegen geschäftlicher Dinge einen Rundgang durch das Werk vorgenommen. Dabei hat er hinter einem Bretterverschlag, absolut sichtbar, ca. 2000 Stahlrohlinge für Maschinengewehre lagern gesehen.

Auf Vorhaltungen, daß das doch verboten sei, habe der Direktor Hellwig erklärt:

„Falls sich die IKK dafür interessiert, soll sie sie uns doch abkaufen.

13 Kommunisten wegen Sprengstoffvergehens angeklagt

(Eigener Bericht der „SAZ")

Dortmund, 22. November.

wb. Vor dem Dortmunder Sondergericht begann heute ein Prozeß gegen 13 Mitglieder der Kommunistischen Partei aus Altenbögge, Bockum, Radbod und Herringen, die angeklagt sind wegen Sprengstoffvergehens. Den kommunistischen Genossen, die zum Teil aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden, wurde folgender Straftatenkomplex zur Last gelegt:

Am 30. September 1931 gegen 4½ Uhr wurden von zwei Oberlandjägern auf der Bahnhofstraße in Bönen eine Gruppe von fünf Personen angehalten, die auf Waffen durchsucht werden sollten. Während zwei der Sistierten die Flucht ergreifen konnten, wurden die anderen drei verhaftet. Bei ihrer Durchsuchung wurden zwei Sprengbomben gefunden. Sie bestanden aus einem Rohrstück, das mit je einer Sprengpatrone Donarit V, einer Sprengkapsel, einer angeklemmten Zündschnur und gehackten Eisenstücken gefüllt waren. Donarit V ist ein Sprengstoff, der vornehmlich zu Gesteinsprengungen in den Westfälischen Zementwerken Geseke verwandt wird. Da aus dem dortigen Sprengstofflager Mitte September 1931 von bisher noch nicht ermittelten Tätern 72½ kg Donarit in Form von Sprengpatronen und 435 Sprengkapseln gestohlen worden waren, witterte die Untersuchungsbehörde zwischen diesem Sprengstoffdiebstahl und dem Bombenfund in Bönen Zusammenhänge.

In Verfolgung dieser Angelegenheit, es handelt sich um Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884, wurden alsbald weitere 8 Kommunisten verhaftet, denen die Anklagebehörde die Bildung eines kommunistischen Geheimbundes zur Last legt, dessen Zweck es gewesen sein soll, „Maßnahmen der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften".

Der Untersuchungsrichter zielte in seiner Vernehmungstaktik darauf ab, Uneinigkeit unter die verhafteten 13 KPD-Genossen zu bringen und sie zu einer Reihe von „Geständnissen" zu bewegen. Die Staatsanwaltschaft konstruierte aus diesen „Geständnissen", daß zur Zeit der Bergbaulohnverhandlungen im September 1931 die KPD mit allen Mitteln die Vorbereitungen zu einem großen Bergarbeiterstreik für den Fall eines ungünstigen Verhandlungsergebnisses angestrebt habe. Zu diesem Zweck sollen auch zwei der Angeklagten nach Lippstadt gefahren sein, um sich dort für die Ausrüstung ihrer „Terrorgruppe" mit Waffen zu versehen.

In der heutigen Hauptverhandlung widerriefen fast alle Angeklagten ihre „Geständnisse". Sie gaben zwar zu, Mitglieder der KPD und des Kampfbundes gegen den Faschismus zu sein, bestritten aber ganz entschieden, überhaupt im Besitze des Sprengstoffes gewesen zu sein, noch die Bomben angefertigt zu haben. Dem Hauptangeklagten Magas hält der Vorsitzende vor, daß er im Gefängnis erklärt habe, er wolle den Hauptteil der Schuld auf sich nehmen, um die anderen zu schonen.

Der Prozeß geht weiter.

Neue Racheurteile als Folge des Berliner Verkehrsstreiks

Berlin, 22. November.

WTB. Das Sondergericht Berlin verurteilte heute den 27jährigen Arbeiter Georg Hellwig, der während des Straßenbahnerstreiks im Treptower Park einen Stein auf eine fahrende Straßenbahn geworfen hatte, wegen vollendeter Transportgefährdung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus.

In einem zweiten Fall kam das Sondergericht zu einem etwas milderen Urteil. Ein schwerkriegsbeschädigter Kutscher William hatte gegen einen Straßenbahnwagen einen Stein geworfen. Der Staatsanwalt erblickte darin auch diesmal eine Transportgefährdung und beantragte 1 Jahr Zuchthaus. Das Gericht berücksichtigte jedoch, daß der Straßenbahnwagen gehalten hatte und auch die Kurbel abgenommen war. Daher sei der Steinwurf nicht eine Transportgefährdung, sondern nur eine versuchte Nötigung gewesen. Da das ärztliche Gutachten dem Angeklagten leichte Erregbarkeit bescheinigte, verurteilte ihn das Sondergericht „nur" zu 5 Monaten Gefängnis.

Kein Streik in den Adlerwerken

Von Frankfurt wird uns berichtet, daß die Meldung über einen Streik in den Adlerwerken den Dingen vorauseilte. Es ist zwar der ungeheuerliche Lohnabbauschiedsspruch gefällt worden, aber der Gewerkschaftsführung gelang es im letzten Moment den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Wir werden in einem ausführlichen Bericht auf die Angelegenheit zurückkommen.

Jeder Genosse, jede Genossin!

Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

SAP- und Schutzbund-Versammlung

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz. Unsere Mitgliederversammlung am Sonnabend war von über 30 Genossen und Genossinnen besucht. Das politische innerorganisatorischen Fragen. Bedauert Aussprache befaßte sich im besonderen mit innerorganisatorischen Fragen. Bedauert wurde die Veröffentlichung der Beschlüsse des Parteivorstandes im „Kampfsignal", womit nach außen der Eindruck scheinbarer Gegensätze und nicht des rechten Zusammenarbeitens erweckt werden könne. Auch die Stellungnahme des Parteivorstandes über Fraktionsarbeit konnte nicht gebilligt werden. Es wurde des ferneren eine Resolution angenommen, die ein früheres Stattfinden des Parteitages (Weihnachten) fordert und als Tagungsort Dresden oder Plauen in Vorschlag bringt.

Der Wahlausgang selbst zeitigte den unerschütterlichen Willen der Liegnitzer Ortsgruppe, schädliche Elemente auszumerzen, Mängel und Fehler abzustellen und die wohl erschwerte Arbeit unbeirrt und mit festem Wollen gesteigert, fortzuführen. Liquidierungsabsichten oder Ueberlaufen kennen wir nicht, wir stehen treu zur Partei!

Am Sonntagmorgen tagte der Schutzbund. Auch hier sprach Gen. Kirstein. Eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen vermittelte er den Genossen.

Wenn auch die materiellen Schwierigkeiten und die Raumfrage nicht leicht zu lösen sind, so darf trotzdem gesagt werden, daß die Anfangsarbeit die besten Auswirkungen bereits zeitigte. Alle Parteigenossen, die dem Schutzbund noch fernstehen, mögen sich ihm anschließen und wenn nicht aktiv, dann unterstützt ihn durch den geringen Monatsbeitrag von 20 Pfg. als passives Mitglied.

Zu den Nazikrawallen an der Universität

Prof. Cohn zum Mitglied der Juristischen Prüfungskommission ernannt

Nach Mitteilung der Universitätspressestelle hat der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Kommissar des Reiches, den ordentlichen Professor Dr. Cohn für die laufende Prüfungsperiode zum Mitglied der Juristischen Prüfungskommission in Breslau ernannt. Bekanntlich kam es wegen Professor Cohn vor einigen Tagen in Breslau zu Studentenunruhen. Rekter und Senat der Universität wenden sich jetzt in einem Anschlag an die Studentenschaft und warnen erneut vor Verstößen gegen die akademische Disziplin. Die disziplinare Bestrafung der bei den Ausschreitungen festgestellten Kommilitonen stehe unmittelbar bevor. Außerdem wird eingehend auf die strafrechtlichen Folgen von Ausschreitungen hingewiesen und es wird an die Strafbestimmungen erinnert, mit denen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 solche Ausschreitungen bedroht.

Von der Front der Profite

Haynau, 22. November.

Die Gesellschaft der Zuckerfabrik genehmigte in ihrer Generalversammlung den Geschäftsbericht sowie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für 1931/32, die mit einem Reingewinn von 40 025 RM abschließt, woraus

8 Prozent Dividende

verteilt werden.

Radiumin, stärkt, heilt und fördert alles

Im Oktober und November vorigen Jahres bereisten der Kaufmann Georg Gottwald und der Chauffeur Hermann Diepholz den Landkreis Breslau und hielten dort Heilvorträge über die Heilwirkung des „Radiumin" und forderte am Schluß eines jeden Vortrages die Versammlungsbesucher, die an irgend welchen Krankheiten litten, auf, ihm ihre Adresse aufzuschreiben. Diese Kranken besuchte er dann am nächsten Morgen, untersuchte sie oberflächlich und verkaufte ihnen gewöhnlich dann vier Packungen „Radiumin", für die er Preise zwischen 15.90 Mark und 22.— Mark verlangte. Er nahm eine Anzahlung und schickte ihnen das Präparat per Nachnahme zu. Erst viele Wochen später, als das Mittel nicht half, wurden die Landbewohner mißtrauisch und als sie gar hörten, daß der Herr „Doktor" für alle Krankheiten, für Arterienverkalkung, Rheumatismus, Krebsleiden, Geschlechtskrankheiten usw. immer ein und dasselbe Mittel verkaufte, fühlten sie sich betrogen und stellten Strafantrag.

In der Verhandlung, die am Sonnabend vor der 8. großen Strafkammer stattfand, bestritt Gottwald, das „Radiumin" als Heilmittel verkauft zu haben. Er habe es lediglich als ein Kräftigungsmittel angepriesen. Die biederen Landbewohner allerdings behaupteten, daß sie es nur gekauft hätten, weil ihnen Gottwald die bestimmte Zusicherung gegeben, es würde helfen. —

Der Staatsanwalt beantragte in Anbetracht der Gemeingefährlichkeit dieser Vorträge — die beiden Gauner haben ohne Genehmigung die Heilkunde ausgeübt — für Gottwald 5 Monate Gefängnis und für Diepholz 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Gottwald zu 4 Monaten und Diepholz zu 6 Wochen Gefängnis.

Daß sie ihr Handwerk zwei Monate lang ungehindert ausüber konnten, deutet darauf hin, wie rückständig die Landbevölkerung heute noch ist, wenn sie an solch mittelalterlichen Schwindel glaubt und für solche Mittelchen solch hohe Beträge zahlt.

Elendszahlen steigen weiter

Die Arbeitsmarktlage im Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien — 44 Stillegungen

Breslau, 22. November.

Nach einem Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden um rund 3400 und der arbeitslosen Arbeitsuchenden um rund 3500 in der zweiten Oktoberhälfte, durch den die Zunahme in der ersten Oktoberhälfte wieder ausgeglichen worden war, brachte die erste Novemberhälfte einen neuerlichen erheblicheren Zugang von rund 16 500 Arbeitsuchenden und rund 17 800 arbeitslosen Arbeitsuchenden.

Im einzelnen ist in der Berichtszeit die Zahl der Arbeitsuchenden von 372 331 auf 388 833 (280 730 in Nieder-, 108 103 in Oberschlesien), die Zahl der arbeitslosen Arbeitsuchenden von 351 632 auf 369 431 (270 399 in Nieder-, 99 032 in Oberschlesien) gestiegen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist um 1459, nämlich von 111 404 auf 112 863 (84 022 in Nieder-, 28 841 in Oberschlesien) gestiegen.

Die Zahl der Krisenunterstützten ist dagegen weiter etwas, nämlich von 68 532 auf 68 175 (50 370 in Nieder-, 17 805 in Oberschlesien) zurückgegangen.

Die Gesamtzahl der durch die Arbeitsämter erfaßten Arbeitsuchenden lag also Mitte November um rund 38 000 über der entsprechenden Vorjahrszahl.

Dagegen blieb die Zahl der durch die Krankenkassenstatistik ermittelten Beschäftigten mit insgesamt 922 284 Ende Oktober d. J. um fast 88 900 hinter der entsprechenden Vorjahrszahl (1 011 160) zurück.

Nach den vorläufigen Feststellungen wurden im Monat Oktober bei einer Zahl von

44 Stillegungsanzeigen 21 Voll- oder Teilstillegungen,

durch die 1880 Kräfte betroffen wurden, durchgeführt. Den stärksten Anteil an den Stillegungen im Monat Oktober hat die Industrie der Steine und Erden (10 Betriebe und 786 Betroffene), und zwar steht hier die Glasindustrie an der Spitze. Im übrigen sind die Metallindustrie, das Spinnstoffgewerbe, der Bergbau und die Zellstoff- und Papierindustrie am stärksten beteiligt.

Mit wenigen Ausnahmen (Jauer, Reichenbach, Schweidnitz) sind an der Gesamtzunahme der Arbeitsuchenden während der Berichtszeit alle Arbeitsämter beteiligt. Die Zunahme ist wesentlich saisonmäßig durch Beendigung von Außenarbeiten begründet. In erheblichem Maße kamen auch Kräfte aus der Zuckerindustrie zur Entlassung, da die Campagne vielfach bereits ganz beendet ist. Bemerkenswerte Einstellungen von Kräften erfolgten in der Berichtszeit nur für Bahnunterhaltungsarbeiten.

*

Selbst die Statistiken der Arbeitsämter sind nicht mehr in der Lage, in Silberstreifenpolitik zu machen, wie man das unter der „ruhmvollen" Aera Papens getan.

Die Krise vertieft sich, die Gegensätze spitzen sich zu. Das Proletariat muß erkennen, welchen Kurs es seinerseits einzuschlagen hat.

Alte Märchen werden aufgefrischt

Die Stadtverordnetenversammlung in Parchwitz in Schlesien hat beschlossen, am Rathaus eine Tafel zum Gedenken an Friedrich den Großen anbringen zu lassen. In einer Inschrift soll auf die Rede hingewiesen werden, die Friedrich II. vor der Schlacht bei Leuthen an seine Generäle gehalten hat. Außerdem soll eine Erinnerungstafel an dem Parchwitzer Hause angebracht werden, in dem Friedrich II. im Dezember des Jahres 1757 gewohnt hat.

Dieser Beschluß der Stadtverordneten einer kleinen schlesischen Stadt hat über den örtlichen Rahmen hinaus symptomatische Bedeutung. Die Zeiten der preußischen Könige sind vergangen, die denkmalsfreudige Epoche Wilhelms des Letzten haben die Parchwitzer ungenützt vorübergehen lassen, aber das Jahr der tiefsten Krise, der brutalsten Konterrevolution, 1932, durfte nicht vergehen, ohne daß Parchwitz der „denkwürdigen Rede" Friedrichs II. gedachte.

Die Legende von der nationalen und sozialen Tat der Hohenzollern in Preußen, von den Leistungen des „großen Friedrich" im besonderen für die deutsche Nation ist wie ein altes, übles Leiden aufgebrochen; die Kreise der Nationalisten und Faschisten sind erfolgreich bemüht, sich so einen ideologischen Ueberbau zu schaffen. Darum ist es notwendig, daß zur Parchwitzer Gedenktafel einige Worte im Interesse der historischen Wahrheit und zur Zerstörung der unverdienten Gloriole um den „großen Friedrich" gesagt werden.

Die Rede, zu deren Gedächtnis die Gedenktafel am Parchwitzer Rathaus dienen soll, wurde am Tage der Schlacht bei Leuthen gehalten, als der Ausgang des Treffens mehr als zweifelhaft erscheinen mußte. In dieser Rede hat nach der Ueberlieferung der preußischen Geschichte Friedrich seinen Offizieren freigestellt, zu gehen oder zu bleiben, während er selbst erklärte, ihn werde man nur als Sieger unter den Lebenden finden. — Ein im 20. Jahrhundert nicht mehr befolgter Hohenzollernscher Grundsatz.

Selbst beim besten Willen läßt sich aus der Tatsache dieser Rede kein so wesentliches geschichtliches Ereignis konstruieren, daß die Notwendigkeit einer Gedenktafel im Jahre 1932 eingesehen werden könne. Im Gegenteil glauben wir, daß die preußischen Enthusiasten durchaus keinen Grund haben, gerade auf die näheren Umstände der drei schlesischen Raubkriege Friedrichs II. besonders einzugehen, sind sie doch mehr als peinlich.

dem es sich eben von den Folgen des Dreißigjährigen Krieges zu erholen begonnen hatte. Dieser Krieg hätte dem preußischen Staate den Garaus gemacht, wenn sich König Friedrich nicht in die russische Vasallenschaft gegeben hätte, die noch schmählicher war als die französische." Zum Gedächtnis einer Rede, die vor der entscheidenden Schlacht des in russischer Vasallenschaft geführten dritten schlesischen Raubkrieges gehalten wurde, wird in Parchwitz eine Gedenktafel am Rathaus angebracht.

So soll der Geist des verlogenen Nationalismus gestärkt werden, so soll mit Hilfe eines alten Märchens den Faschisten Gelegenheit gegeben werden, ihre Ziele zu verfolgen. Die Parchwitzer Gedenktafel ist mehr als ein Schildbürgerstreich ausgeruhter Stadtväter, sie ist ein bedrohliches Anzeichen für die Fortschritte der faschistischen Ideologie in Deutschland.

Franz Mehring, der große Kenner preußischer Geschichte, hat zu dieser Frage einiges der Erinnerung wertes gesagt. „Einzig und allein mit französischer Hilfe hat dann der König Friedrich von Preußen Schlesien geraubt, die wertvollste Provinz des österreichischen Staates. In diesem „großen" preußischen Könige sah die französische Politik nur einen Filigrankönig, einen Puppenkönig, der unweigerlich nach der französischen Pfeife tanzen müßte. Als er sich dessen einmal weigerte und dem französischen Könige nicht die von diesem geforderte Waffenhilfe gegen England leisten wollte, verband sich Frankreich mit Oesterreich und Rußland, um den übermütig gewordenen Vasallen zu züchtigen. So entstand in der Mitte des 18. Jahrhunderts der Siebenjährige Krieg, der Deutschland wieder aufs gräulichste verwüstete, nach-

Arbeitersportler

Die Genossen aus dem Odertor haben in Bezug auf Propaganda gute Arbeit geleistet. Dort haben unsere Plakate ihren Zweck erfüllt. Allen andern Genossen sei diese anerkennenswerte Arbeit zur Nachahmung empfohlen.

Sämtliche Abteilungen der FTB werden ersucht, ihre **Abteilungsfahnen** am Sonntag vormittag nach der Lessingturnhalle zu entsenden.

SAP-Metallarbeiter Breslaus

Donnerstag, den 24. November, abends 19.30 Uhr

Wichtige Versammlung

Zentralballsaal, Westendstraße

Tages-Ordnung: Der Berliner Verkehrsstreik und seine Lehren, Verschiedenes

SAP- und Verbandsmitgliedsbuch als Ausweis

Was wiegt für Grenzer ein Menschenleben?

Schmuggler auf der Flucht angeschossen

Gleiwitz, 22. November.

Zollbeamten fielen im Bryncker Forst vier junge Burschen auf, die beim Anblick der Beamten schnell das Weite suchten. Die Beamten vermuteten in den Flüchtenden Schmuggler und nahmen die Verfolgung auf. Da die Burschen auf Anruf der Zollbeamten nicht stehen blieben, gaben diese zunächst Schreckschüsse ab, sahen sich jedoch schließlich genötigt (!? D. Red.), auf die Flüchtenden scharf zu schießen.

Nicht Gnade, sondern Recht!

Waldenburg, 22. November.

Die Große Strafkammer Waldenburg verurteilte den 61jährigen, bisher unbestraften Bürstenmacher Heinrich R. aus Waldenburg wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten auf Grund der Terrornotverordnung zu einem Jahr Zuchthaus, stellte aber anheim, ein Gnadengesuch einzureichen. R. hatte am 23. September d. J. in angetrunkenem Zustande Straßenpassanten belästigt und einen Polizeibeamten, der daraufhin seine Personalien feststellen wollte, mit einem Stock geschlagen und auch auf der Wache noch Widerstand geleistet und versucht, den Beamten in den Arm zu beißen.

*

Die Proleten verlangen nicht Gnade, sondern Recht ... und das Recht ... erst in einer deutschen Räterepublik.

3 Jahre Zuchthaus für einen Sittlichkeitsverbrecher

Liegnitz, 22. November.

Die Strafkammer Liegnitz verurteilte den 19jährigen Knecht Georg Herrmann aus Herzogswaldau, Kreis Lüben, einen früheren Fürsorgezögling, der bei Ditterbach eine Radfahrerin überfallen und vergewaltigt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus. Die Tat ist am 19. September d. J. verübt worden.

*

Nicht Zuchthaus — Heilanstalt war vonnöten.

Überfahren und getötet

Görlitz, 22. November.

Montag nachmittag wurde von einem Straßenbahnwagen der Linie 2 in der Brüderstraße der sechsjährige Sohn Werner des Ablesers Nerling überfahren und getötet.

Spinale Kinderlähmung im Kreise Glogau

Glogau, 22. November.

Ein Schüler aus Neukranz mußte wegen spinaler Kinderlähmung ins Krankenhaus gebracht werden.

Eine proletarische Leihbücherei

Bei unserer letzten kritischen Betrachtung der bürgerlichen Leihbüchereien unserer Stadt haben wir vergessen, auf eine proletarische Leihbücherei Breslaus hinzuweisen. Es handelt sich um die „Sternbücherei" am Gneisenauplatz, die von einem Klassengenossen geleitet wird. In ihr sind ein großer Teil, insbesondere auch Neuerscheinungen auf dem Gebiete der proletarischen Literatur zu entleihen. Von den Neuanschaffungen dieser Bibliothek seien genannt: Ehrenburg: „Moskau glaubt nicht an Tränen"; Tarassow-Rodionow: „Juli"; Schapalow: „Illegal"; Renn: „Rußlandfahrten"; F. C. Weißkopf: „Zukunft im Rohbau"; Upton Sinclair: „Alkohol".

FILM UND WIR

„Schuß im Morgengrauen" im Proleton

Seit gestern läuft nur bis morgen, Donnerstag, einschließlich im Proleton der spannende Kriminalfilm „Schuß im Morgengrauen". Man darf nicht etwa daraus, daß er nur für so kurze Zeit angesetzt ist, schließen, daß der Film etwa nicht zugkräftig sei. Im Gegenteil, Es ist ein spannender Kriminalreißer, dessen Handlung einen nach den ersten paar Metern einfängt.

Sonst das übliche Schema: Der elegante, gewandte frauenherzenbrechende Detektiv, eine unsympathische Räuberbande, Mordgesellen, eine spannende Schlacht zwischen Polizei und Verbrechern in einer Villa ... Ueber dem ganzen „Eigentum ist heilig" — na ja, wir wissen ja schon! R. K—ny.

Geschäftliches

Kinder trinken so gern Schokolade. Geben Sie ihnen **Kaba**. **Kaba** enthält die gleichen Nährsalze wie Muttermilch, ferner Trauben- und Fruchtzucker, Kalk und Phosphorsäure, fördert also Knochen- und Zahnbildung. Wichtig ist auch, daß Kaba nicht stopft. Für 30 und 60 Pfg. bekommen Sie Kaba überall. Sie werden Ihre Freude haben, wie Ihre Kinder nach Kaba gedeihen.

Für Einheit und Kampfbereitschaft der Partei!

Berlin, Magdeburg und Lübeck zum Wahlausfall und zu den Aufgaben der SAP

Mitgliederversammlung in Groß-Berlin

Die stark besuchte Groß-Berliner Mitgliederversammlung im großen Saale der Sophiensäle am Freitag, den 18. November, nahm in einem Referat des Genossen Zweiling zur politischen Lage und zu den Aufgaben der SAP nach den Wahlen Stellung. In seinem Referat behandelte er auch kurz zusammengedrängt die innerparteilichen Differenzen. In einem Korreferat vertrat der Genosse Seydewitz den Standpunkt der Parteivorstandsmehrheit. In der nachfolgenden Diskussion sprachen die Genossen Köhler, Walcher, Gostomski für die Auffassung der Bezirksleitungsmehrheit. Die Genossen Rosenfeld und Buchwald vertraten die Auffassung der Parteivorstandsmehrheit. Der Genosse Willi Kreßmann sprach als Vertreter des SJV im Sinne der Bezirksleitungsmehrheit.

Die Mitgliederversammlung nahm mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution an:

„Der Rücktritt der Papen-Regierung bedeutet keine entscheidende Aenderung in der politischen Situation. Er soll den Weg frei machen für die sogenannte „nationale Konzentration" unter direkter oder indirekter Beteiligung der Nazis an der Regierung. Diese nationale Konzentrationsregierung wird einen verstärkten Vorstoß der Reaktion auf allen Gebieten bringen. Die Arbeiterschaft ist nach wie vor in der Defensive. Die nächste politische Aufgabe ist, ihre Defensive zum Stillstand zu bringen, die Voraussetzungen für einen neuen Vorstoß des Proletariats zu schaffen.

Die Wahlergebnisse der Arbeiterparteien haben die Tendenzen vom 31. Juli verstärkt fortgesetzt. Die Sozialdemokratie verliert seit dem 20. Juli 1¼ Millionen Stimmen an die KPD. Dieser Stimmenzuwachs der KPD zeigt die Verstärkung der radikalen Strömungen innerhalb des Proletariats. Er ist der Ausdruck desselben Prozesses, der auf der anderen Seite sich in der Streikwelle gegen die Papen-Notverordnungen auswirkte, die ihren bisherigen Höhepunkt im Berliner Verkehrsarbeiterstreik gefunden hat.

Dieser Radikalisierungsprozeß konnte sich bisher nicht in revolutionäre Energie umsetzen, weil er der KPD zugute kommt, die ihre unkommunistische, nationalbolschewistische, ultralinke Politik verstärkt fortsetzt und aus dem Stimmenzuwachs die Bestätigung ihrer falschen Politik ableitet. Der Ausgang des BVG-Streiks zeigt, daß die KPD wegen ihres mangelnden gewerkschaftlichen Einflusses, der Folge der RGO-Taktik, unfähig ist, den Radikalisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterschaft zu erfolgreichen Aktionen auszunutzen. Solche Aktionen bilden die Voraussetzung für große erfolgreiche Kampfaktionen der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Faschismus. Die Politik der KPD auf Grund der letzten Wahlergebnisse, insbesondere ihr Verhalten gegenüber dem neuen Einheitsfrontangebot der sozialdemokratischen Parteileitung, zeigt aufs deutlichste, daß eine Hoffnung auf grundlegende Kursänderung der KPD heute geringer ist denn je.

Die Sozialdemokratie zahlt für den 20. Juli und den Klassenverrat der Gewerkschaftsbürokratie im Verkehrsstreik mit dem Verlust von 1¼ Millionen Stimmen. Obwohl die Bourgeoisie immer direkter und brutaler die Diktatur durchführt, bleibt die Sozialdemokratie weiter auf der reformistischen, wirtschaftsdemokratischen Linie und setzt ihre „staatserhaltende" Politik weiter fort. Ihr Verharren auf dem reformistischen Standpunkt selbst in der heutigen Situation beweist von neuem, daß jede Hoffnung auf eine grundlegende Kursänderung illusorisch ist und bleiben muß. An diesem Charakter der SPD wird auch durch taktische Wendungen (Einheitsfrontangebote an KPD und Komintern) nichts geändert.

Die 45 000 Stimmen, die die SAP am 6. November erhielt, entsprechen nicht dem Aktionsradius der Partei. Der starke Stimmenzuwachs bei den sächsischen Gemeindewahlen zeigt, daß bei der Reichstagswahl in erster Reihe parlamentarische Illusionen selbst die von der Richtigkeit unserer Politik überzeugten Arbeiter veranlaßt haben, die großen Arbeiterparteien zu wählen. Neben den parlamentarischen Illusionen beruht der Stimmenrückgang der SAP auf propagandistischen und organisatorisch-finanziellen Mängeln und Schwächen. Unsere Partei hat es bisher noch nicht genügend verstanden, unsere Prinzipienerklärung und unser Aktionsprogramm täglich in die Praxis umzusetzen und vor allem in den Massenorganisationen das Gesicht unserer Partei deutlich und klar zu zeigen.

Die Groß-Berliner Mitgliederversammlung erklärt, daß nur auf der Basis der Prinzipienerklärung die Partei zu einer aktionsfähigen, geschlossenen Einheit werden kann, die sie der großen Aufgabe gerecht werden läßt, vor die sie die Geschichte stellt.

Die gesamte politische Lage, die oppositionellen Strömungen in der Sozialdemokratie, das konsequente Versagen der KPD in den wirklichen Aktionen ergibt für die weitere Entwicklung der SAP die besten Aussichten.

Schluß daher mit allen miesmacherischen, liquidatorischen Strömungen, mögen sie sich auch hinter dem Geschrei von Fraktionsmacherei verstecken.

Für die Einheit und Geschlossenheit der Partei!

Für die verstärkte Arbeit in den Massenorganisationen!

Für den verstärkten Kampf zur Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen im Kampf gegen Faschismus und Kulturreaktion!"

* * *

In einem besonderen Absatz der Entschließung wird zu dem Beschluß des Parteivorstandes über die „Liquidierung der Fraktionsarbeit" Stellung genommen. Hierzu heißt es: „Der Versuch, in der von der Mehrheit des Parteivorstandes angenommenen Erklärung den unbefriedigenden Wahlausgang am 6. November auf einzelne Genossen und auf ihr strenges Festhalten an der Prinzipienerklärung („dogmatische Ketzerriecherei") zu schieben, bedeutet einen Ablenkungsversuch von den wirklichen Schwächen und Mängeln unserer Partei."

Die Groß-Berliner Mitgliederversammlung vom 18. November billigte ferner die Beschlüsse der Bezirksleitung in den Fällen Wasilo, Frank und Seigewasser.

Mit einem kräftigen dreifachen „Kampfbereit" und dem Absingen der Internationale fand die Mitgliederversammlung ihren Abschluß. Sie hat energisch und entschieden alle Liquidationstendenzen abgelehnt und den Willen zum Ausdruck gebracht, geschlossen und mit verstärkten Kräften den Kampf für die Durchsetzung unserer politischen Auffassung in der Arbeiterschaft weiterzuführen.

Bezirksparteitag in Magdeburg

Am Sonntag, den 20. November, tagte in Magdeburg der Bezirksparteitag der SAP Bezirk Magdeburg-Anhalt. 47 Genossen waren per Bahn und Fahrrad erschienen, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Genosse Schumann eröffnete um 10 Uhr den Parteitag und verwies auf die faschistische Gefahr, die jetzt nach dem Rücktritt Papens nicht geringer geworden ist. Der Wahlkampf hat uns nicht zermürbt, sondern politisch reifer gemacht.

Vom Parteivorstand war der Genosse Walcher erschienen. In seinem politischen Referat beschäftigte Genosse Walcher sich zunächst mit der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Er zeigte dann die Gefahren auf, die jetzt vor der Arbeiterklasse stehen. Walcher ging dann ein auf das Versagen der SPD und die schweren Fehler der KPD. Der Wahlausfall hat für die KPD trotz ihrer Fehler einen Zuwachs an Stimmen gebracht; trotzdem ist es dieser Partei nicht möglich, im revolutionären außerparlamentarischen Kampf die Arbeiterklasse vom Faschismus zu befreien. Nur die SAP zeigt den Weg, der für die Arbeiterklasse gegangen werden muß, wenn das Proletariat leben will. Wenn trotzdem die Reichstagswahl für unsere Partei einen Stimmenrückgang gebracht hat, so beweist das nicht, daß die SAP keine Existenzberechtigung besitzt. Die Partei müßte sofort gegründet werden, wenn sie noch nicht vorhanden wäre. Wir haben keine Ursache, mißmutig zu sein, sondern müssen unsere Partei ausbauen. Wenn in diesem Zusammenhange auf die letzten Auseinandersetzungen im PV hingewiesen wurde, so läßt sich feststellen, daß andere Faktoren für den Wahlausfall maßgebend sind, als die Mehrheit im PV annimmt. Nur durch größte Offenheit und Austragung der Differenzen in einem Funktionärblatt können wir die Partei stärken. Die Partei muß anläßlich des Versagens von SPD und KPD den Arbeitern richtige Wege weisen, dann wird es uns möglich sein, gestärkt aus der jetzigen Situation herauszugehen.

Alle Diskussionsredner waren mit den Ausführungen des Gen. Walcher einverstanden und zeigten durch ihre Ausführungen, daß die Forderungen der Minderheit im PV und die politische Arbeit der Bezirksleitung nur zu begrüßen sind. Das geht aus einer Resolution hervor, welche von den Delegierten und in einer gesonderten Abstimmung der erweiterten Bezirksleitung einstimmig angenommen wurde. Alle anwesenden Genossen versprechen in voller Begeisterung, alles für die Partei zu tun.

Es folgten dann im nächsten Punkt die Berichte der Bezirksleitung, aus denen hervorging, daß der Bezirk organisatorisch und politisch reifer denn je und bereit ist, in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung im Sinne unserer Prinzipienerklärung zu wirken.

Nach der Erledigung einiger Ersatzwahlen und Annahme eines Antrages für den korporativen Anschluß an die IHV konnte der Genosse Schumann die Versammlung schließen in der Hoffnung, daß die Partei aus den gegenwärtigen Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen wird.

Mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" und einem kräftigen „Kampfbereit" war diese einmütige und eindrucksvolle Tagung beendet.

Die Resolution besagt in ihren wichtigsten Sätzen folgendes:

„Der Wahlausgang vom 6. November hat die Partei keineswegs überraschend getroffen, da die parlamentarischen Illusionen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft in der kurzen Zeit des Bestehens der SAP unter Berücksichtigung der schwach zur Verfügung stehenden Kräfte noch nicht ausgetilgt werden konnten. Die Stimmenzahl kann nicht als Gradmesser für den Einfluß der Prinzipien der SAP in der Arbeiterschaft angesehen werden. Deshalb müssen alle liquidatorischen Tendenzen, selbst wenn sie von einzelnen Mitgliedern des PV vertreten werden, aufs schärfste bekämpft und unnachsichtlich ausgemerzt werden. Der Versuch, einzelne Parteimitglieder für den Ausfall der Wahl verantwortlich zu machen und sogar eine angeblich parteischädigende Fraktionsarbeit feststellen zu wollen, ist falsch und der Entwicklung der Partei abträglich. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine sachliche Auseinandersetzung über politische und organisatorische Fragen im Interesse der einheitlichen ideologischen Schlagkraft der Partei unbedingt notwendig ist.

Die Mitgliedschaft steht fest zur Prinzipienerklärung und ist entschlossen, im Sinne dieser Erklärung zu kämpfen. Der Bezirksparteitag beauftragt die Bezirksleitung, beim PV auf die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages einzuwirken, damit die innerparteilichen Streitfragen unter Berücksichtigung der Perspektiven der SAP geklärt werden und der Partei eine Leitung gegeben wird, die in sich die Gewähr für eine fruchtbare kollektive Zusammenarbeit im Sinne der Prinzipienerklärung bietet."

Lübeck

In der letzten Parteiversammlung nahmen die Lübecker Genossen nach einem Referat des Genossen Frahm über die politische Lage und die Aufgaben der Partei einstimmig eine Entschließung an, deren wichtigste Sätze lauten:

„Die Mitgliederversammlung der SAP Lübeck ist der Meinung, daß der Kampf der Sozialistischen Arbeiter-Partei um die Mobilisierung des deutschen Proletariats zur Revolution mit verstärkter Kraft fortzusetzen ist.

Allein die SAP hat die politische und wirtschaftliche Situation richtig beurteilt und der Arbeiterklasse den Ausweg aufgezeigt. Diese Tatsache wird heute schon von vielen sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen bestätigt. Daran ändert nichts die organisatorische Ablehnung, die aus dem Wahlmißerfolg spricht.

Die schwierige Lage, in der sich die Partei gerade nach diesem Wahlergebnis befindet, erfordert Zusammenfassung aller Kräfte der Partei mit hauptsächlicher Richtung auf die Betriebe, die Erwerbslosen und die Massenorganisationen.

Der Parteitag muß im Zeichen des verstärkten politischen Angriffs auf gefestigter organisatorischer Grundlage stehen.

Der Kampf geht weiter!

Die schlesische Mannschafts-Meisterschaft im Boxen!

„Spartania"-Waldenburg Kreismeister 1932/33

Die Arbeiter-Boxsportbewegung Schlesiens, welche in den Provinzstädten festen Fuß gefaßt hat und auch stets stattliche Zuschauerzahlen buchen kann, hatte am Bußtag ihren großen Tag. Der I. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athleten-Bundes brachte in Waldenburg vor 900 Zuschauern die Endrunde um die Kreismeisterschaft 1932/33 zum Austrag. Endkampfgegner waren der langjährige ostdeutsche Meister „Eiche" Liegnitz, der infolge Gewichtsschwierigkeiten drei Ersatzleute einstellen mußte und die junge aufstrebende Mannschaft des Sportklub „Spartania" Waldenburg.

Die Kämpfe, die über die Distanz von drei Runden gingen, waren äußerst hart und brachten stets knappe Punktentscheidungen. Die Waldenburger Boxer, von ihren Landsleuten angefeuert, waren gut in Form und errangen zum erstenmal die schlesische Kreismeisterschaft im Boxen. Die einzelnen Treffen verliefen wie nachstehend: Fliegengewicht. Kaschner (Liegnitz) 101 Pfd., schlägt in der 2. Runde durch Magenhaken Mücke (Waldenburg) 104 Pfd. k. o. Bantamgewicht. B. Scholz (Liegnitz) 102 Pfd. unterliegt nach Punkten gegen Hannelock (105 Pfd) Waldenburg. Federgewicht. Opitz (Liegnitz) 112 Pfd. ist Grehl (Waldenburg) 113 Pfd., nicht gewachsen und siegt letzterer in der 1. Runde. Leichtgewicht. Ein hartes Treffen liefern sich E. Scholz (Liegnitz) 121 Pfd., und Dittrich (Waldenburg) 120 Pfd., und kann der Liegnitzer nach Punkten erfolgreich bleiben. Weltergewicht. Brendel (Liegnitz) 125 Pfd., unterliegt äußerst knapp gegen Stein (Waldenburg) 128 Pfd. Mittelgewicht. Urban (Liegnitz) 134 Pfd., kann seinen Kampf gegen Weigelt (Waldenburg) 144 Pfd., in den ersten beiden Runden offen halten, muß aber, als eine alte Verletzung wieder aufbricht, die Punktentscheidung dem Gegner überlassen. Halbschwergewicht. Niedergesäß (Liegnitz) 144 Pfd., gewinnt sicher nach Punkten über Hauer (Waldenburg) 150 Pfd. Schwergewicht. Der für seinen erkrankten Bruder eingesprungene Willi Rohleder (Liegnitz) 147 Pfd., unterlag nach interessantem Kampf nur knapp gegen den schlagstarken Matziotzek (Waldenburg) 161 Pfd. F. P.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Das größte Ereignis

der Breslauer Arbeitersportler am Sonntag, den 27. November 1932, ist der

Städte-Wettkampf Dresden—Breslau

in der Lessingturnhalle.

Hast du schon eine Eintrittskarte?

Um Breslaus Meisterschaft im Ringen!

AAV 1911 I Halbserienmeister

Die Serien-Mannschaftskämpfe im Ringen wurden an den beiden letzten Kampftagen in der Turnhalle der Loheschule, sowie der Brockauer Straße flott gefördert und brachten in der A-Klasse dem Arbeiter-Athleten-Verein 1911 I die Spitze. Nach einem vollkommen offenen Treffen wurde die Pr. Sportvg. 1897 I äußerst knapp mit 7,5 Punkten zu 6,5 Punkten geschlagen. Die einzelnen Treffen verliefen wie folgend: Fliegengewicht, Gu. Hauschild (11) trennt sich mit Schmidt (97) unentschieden. Ebenfalls mit dem gleichen Resultat endet das Treffen der Bantamler R. Hanke (11) und Exner (97). Der Federgewichtler G. Hanke (11) siegte in 9 Min. über Hartmann (97) und brachte dieser Erfolg seiner Mannschaft Punkte. Die Kämpfe im Leichtgewicht zwischen Gerhard Hauschild (11) und Strauch (97) sowie im Mittelgewicht zwischen Glaubitz (11) und Junge (97) waren remis. Den größten Kampf des Abends bot das Treffen im Halbschwergewicht. Max Walloschke (11), der Ostdeutsche Meister 1931, hatte in Walter Zimmer (97) einen Gegner gefunden, der ihm zeitweise überlegen war, der 1897er siegte sicher nach Punkten. Im Schwergewicht konnte Jedzik (11) den knappen Vorsprung mit Erfolg gegen Aßmann (97) halten. Die Rückrunde in der A-Klasse bestritten bereits, die Freie Sportvg. 1897 I und die Sportvg. Nordost 03 I, nach schönen Kämpfen siegte die Freie Sportvg. 1897 I mit 10:2 Punkten. In der Männer-B-Klasse wurden die nachstehenden Ergebnisse erzielt: 1897 IIB gegen 1897 IB 3:11 Punkte und 1911 IB gegen 1911 IIB 9:3. Interessanter waren die letzten Treffen, die IB Mannschaften von 1897 und Nordost trennten sich mit 11,5:3,5 Punkten für die 1897er. 1897 IIB schlug 1911 IIB sicher mit 11,5:2,5 Punkten.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat. Breslau. Kleine Holzstraße 3. Telephon 567 68

Erweiterter Parteivorstand: Mittwoch, den 30. 11., 19.30 Uhr, wichtige Sitzung bei Trochalla, Gellhornstr. 21.

Freidenkerfunktionäre der SAP und KPDO: Montag, den 28. 11., 19.30 Uhr, wichtige Fraktionssitzung bei Trochalla, Gellhornstr. 21.

SJV

Sekretariat. Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost: Achtung! Heute, Punkt 20 Uhr im Heim Tauentzienstr. 84 findet unser Gruppenabend mit folgendem Thema statt: „15 Jahre kultureller Aufbau in Sowjetrußland". Alles muß erscheinen. Instrumente mitbringen. Gäste willkommen.

STADTTHEATER

Mittwoch, 19.30—gegen 23 Uhr
Der Teufelsreiter
Donnerstag, 20—22.45 Uhr
Idomeneo
Freitag, 20—gegen 22.30 Uhr
Mister Wu

LOBETHEATER

Mittwoch, 20.15—22.10 Uhr zum 25. Male (und täglich)
Komödie der Irrungen
Sonnabend, 20.15 Neuinszenierung
Götz von Berlichingen
Schauspiel von Goethe

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.45 Uhr
Die Ratten
Freitag 20.15 (und täglich) Gastspiel der „Vier Nachrichter"
Hier irrt Goethe
lit. Posse mit Gesang u. Tanz

Kleine Anzeigen in der SAZ sind **erfolgreich und billig!**

KABA billiger!

Stets frisch zu haben bei:

KURT REICHERT

Kolonialwaren

Steinauer Straße 20, Ecke Leuthenstraße

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag Max Rausch Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Baruch Spinoza

Zur dreihundertsten Wiederkehr seines Geburtstages

Geboren am 24. November 1632

„Nach dem Urteil der Engel und dem Urteil der Heiligen belegen wir mit Bann, schließen wir aus, verfluchen und verdammen wir Baruch Spinoza . . . . verflucht sei er bei Tag und verflucht sei er bei Nacht, verflucht sei er im Schlaf und verflucht sei er im Erwachen . . . .

Er sei verflucht, wohin er sich auch kehre oder wende. Seine Seele möge mit Schrecken von ihm gehen; er möge an Verengung des Halses sterben. Er möge die Grenze des Lebens nicht überschreiten und nicht über sie hinaus gehen. Gott strafe ihn mit Auszehrung, Fieber, Brand, Entzündung, Schwert, Dürre und Krätze . . . .

Gedenket, daß niemand ihn mündlich noch schriftlich anredet, niemand ihm eine Gunst erweisen, niemand unter einem Dache mit ihm weilen, niemand sich ihm auf mehr als vier Ellen nähern, niemand irgend ein von ihm verfaßtes oder geschriebenes Schriftstück lesen darf."

Diesen furchtbaren und schauererregenden Bannfluch haben — man schrieb das Jahr 1656 — die Rabbiner der Synagoge von Amsterdam gegen den dreiundzwanzigjährigen Baruch de Spinoza geschleudert. Er ist der Endpunkt eines langen Kampfes zwischen einem einzelnen, der sich vom Aberglauben seiner Kirche losgesagt und eben dieser Kirche vertreten durch die jüdische Gemeinde seiner Heimatstadt.

Gewaltige Hoffnungen hatten sie auf ihn, den Jüngling, gesetzt. „Ein künftiges Licht der Synagoge" hatten sie ihn genannt. „Er war der Stolz seiner Eltern."

Und doch! Der Zweifel war in Spinoza aufgetaucht. Angeregt durch das Studium des geistreichen Abraham Ibn-Esra, dessen „ketzerischen Gedankenblitze und rationalistischen Ideen" und dessen nur spärlich verdeckter Unglaube an die mosaische Autorschaft des Pentateuch[1]) ihm den Weg wiesen, begann er Kritik zu üben an der Heiligkeit der jüdischen Kirche und ihren Einrichtungen. Das Studium Ibn-Esras legte den Keim zu den Ideen, die Spinoza dann im „Theologisch-politischen Traktat" der ersten wissenschaftlichen Bibelkritik niedergelegt hatte.

Stärker entfremdete ihn vom „Glauben seiner Väter" — wie das so schön seine bürgerlichen Biographen formulieren — das Studium der lateinischen Sprache, die ihm den Zutritt zur naturwissenschaftlichen Literatur der damaligen Zeit erschloß.

Der aber, der ihm das Latein, diese Gelehrten-Sprache des Mittelalters und der Renaissance, beigebracht hatte, war der Arzt van der Ende, ein vielseitig gebildeter Freigeist.

Schritt für Schritt erkennt er den Aberglauben des „Glaubens" und der „Kirchendogmen". Er zieht die Konsequenzen — geht nicht mehr in die Synagoge, verschweigt zu niemandem seine „ketzerischen" Ansichten.

Bestürzung in den Reihen der Gemeinde! Man fürchtet, er ginge zum Christentum und versucht ihn zu bestechen. 1000 Gulden jährlich bieten sie ihm als Präsent, falls er es nicht zum offenen Bruche mit der Synagoge kommen ließe. Mit Entrüstung weist Spinoza dieses Anerbieten zurück.

„Nicht um 10 000 Gulden würde ich unter solcher Kappe zur Synagoge gehen, ich suche allein die Wahrheit und nicht den Schein," soll er — einem alten holländischen Chronisten zufolge — gesagt haben.

Die Erbitterung, der fanatische Haß bei seinen Gegnern wächst.

Und der Weisheit letzter Schluß? Auch die jüdische Kirche griff, wie es die christliche unzählige Male in der Geschichte getan, zum Gift, respektive zum Dolch.

In einer der stillen Gassen von Amsterdam wurde Spinoza eines abends von einem jüdisch aussehenden Manne überfallen. Der Fremde stach mit einem Dolch nach ihm. Das Attentat mißlang aber, der Stich ging nur durch den Mantel. Das durchstochene Gewand hat Spinoza dann zum Andenken an diese verruchte Tat aufbewahrt.

So verhängte denn das Rabbinat den Bann über ihn.

Baruch de Spinoza

Der Bann blieb wirkungslos. Spinozas „Gewissen" (im Sinne des heutigen Bürgertums) regte sich nicht. Hatte doch die jüdische **Kirche die Entstehung des Frühkapitalismus** und die Geburtsstunde der modernen Naturwissenschaften verschlafen.

Spinoza schloß sich keiner anderen Religionsgemeinschaft an! Er war der erste „Konfessionslose".

Es fiel der jüdischen Gemeinde nicht schwer, den Magistrat von Amsterdam zu veranlassen, Spinoza aus der Stadt zu verbannen.

Spinoza lebte dann erst in der Nähe und von 1670 im Haag selbst und ernährte sich bescheiden durch das Schleifen optischer Gläser und Brillen zu wissenschaftlichen Zwecken. Er erwarb sich hierbei eine große Fertigkeit. Seine Gläser waren gesucht. Selbst nach seinem Tode wurden sie zu hohen Preisen verkauft . . . Das Einatmen von Glasstaub hat wahrscheinlich seinen frühen Tod gefördert.

Der Kurfürst von der Pfalz bot ihm den philosophischen Lehrstuhl an der Universität Heidelberg an. Spinoza lehnte ab, denn er wollte sich in seinem Schaffen und im Ausbau seiner Gedankenwelt nicht beengen lassen, hatte doch der Kurfürst ihm zwar die „Freiheit des Lehrens" zugesichert, gleichzeitig aber die Erwartung ausgesprochen, daß er nicht gegen die Religion auftreten werde. Spinoza antwortete, daß er nicht wisse, „innerhalb welcher Grenzen jene Freiheit zu philosophieren gehalten sein müsse, damit er nicht die öffentlich feststehende Religion umzustürzen scheine."

Am 21. Februar 1677 ist Spinoza, nicht ganz fünfundvierzigjährig, gestorben.

Und seine Werke?

Zu veröffentlichen wagte er zu Lebzeiten nur zwei Werke, die „Darstellung der Philosophie des Cartesius" und das „Theologisch-politische Traktat", aber dies auch nur anonym mit dem pseudonymen Druckort Hamburg.

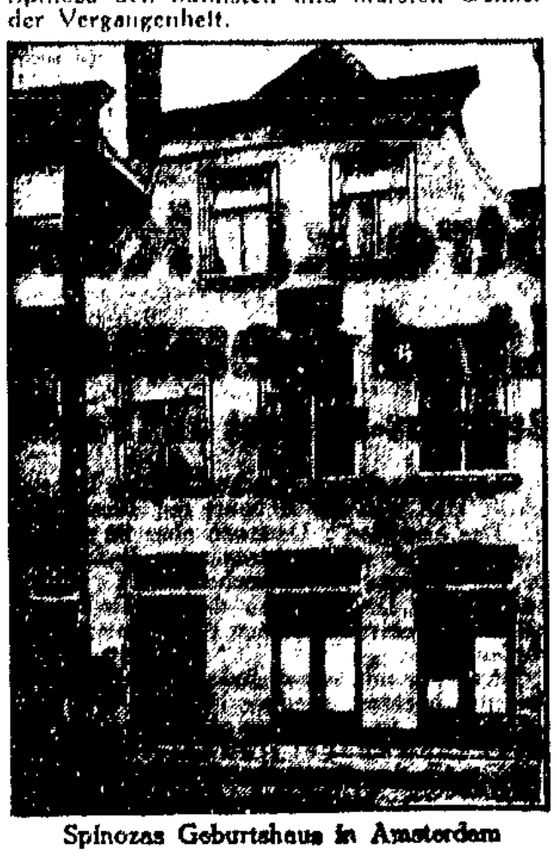
Dieses Werk, das die erste wissenschaftliche Bibelkritik darstellt, in dem Gedanken niedergelegt sind, die uns berechtigen, in Spinoza einen Wegbereiter der bürgerlichen Revolution zu ehren . . . ja ihn mit dem Ehrennamen eines „Fürsten der Atheisten" zu belegen, hat eine ungeheure, gewaltige aufklärende Rolle in der Geschichte Europas gespielt.[2])

Es wirkte wie eine Bombe und brachte die sogenannten „Vertreter Gottes" auf Erden mächtig in Harnisch, wußte man doch nur zu gut, wer der Verfasser war.

„Die Herausgabe dieses Werkes kann man die zweite Katastrophe in Spinozas Leben nennen" hat ein bürgerlicher Historiker behauptet und damit ungewollt die Wirkung dieses Werkes charakterisiert.

Und wir?

Die Arbeiterschaft aller Länder feiert in Spinoza den kühnsten und klarsten Denker der Vergangenheit.



Spinozas Geburtshaus in Amsterdam

Wenn sie seiner gedenkt, so als eines geistigen Ahnen des dialektischen Materialismus, wie es die großen Denker der französischen Aufklärung, wie es Kant und Hegel gewesen, Sie hat es nicht nötig, die Denker der bürgerlichen Revolution zu Marxisten und Sozialisten zu machen.

Vieles aus dem Gedankengut Spinozas ist — geläutert im Feuer der Entwicklung späterer Generationen — in das Gedankengut des Materialismus eingegangen. „Spinoza ist im dialektischen Materialismus in dem dreifachen Hegelschen Sinne des Wortes aufgehoben, aufbewahrt, verneint und auf eine höhere Stufe erhoben. Der dauernde Gehalt des Spinozismus ist in den dialektischen Materialismus eingemündet bereits in doppelter Vermittlung — durch den französischen Materialismus einerseits, durch Hegel und Feuerbach andererseits" (A. Thalheimer)[3]).

Wenn das Bürgertum sich jetzt um das Erbe dieses großen Denkers reißt, wenn die evangelische Kirche ihn für sich in Anspruch nimmt, wenn der Pater Dunin-Borkowski ihn zu einem gottrunkenen Mystiker macht, so ist es Pflicht des Proletariats, all diesen Gaunlern des Geistes ein „Ihr lügt" zuzurufen. Vergessen diese Leute, daß ihre Vorfahren, Priester vieler Religionen, Sekten und Richtungen, Priester des Judentums und Christentums mit richtigem Instinkt in Spinoza den Erbfeind, den radikalsten und gefährlichsten aller Atheisten gesehen haben?

R. K-nv

[1]) Pentateuch — die ersten fünf Bücher Mosis

[2]) Wir werden auf Spinozas Stellung zur Religion in einem Artikel, der in der nächsten Woche in der SAZ erscheinen wird, zurückkommen. Des weiteren wird ein Artikel, der den Arbeiter versuchen soll Spinozas Ideen zu vermitteln, folgen.

Literaturnachweis

Spinozas Werke (Billig in Reclams Universal-Bibliothek)

„Abhandlung über die Läuterung des Verstandes." R. U.-B. Nr. 2487.

„Der politische Traktat." R. U.-B. Nr. 4752/53.

„Der theologisch-politische Traktat." R. U.-B. Nr. 2177/2180.

„Die Ethik." R. U.-B. Nr. 851/55.

„Spinozas Briefwechsel." Nr. 4553—4555.

Als wichtigstes Werk über Spinoza, vom Standpunkte des dialektischen Materialismus, ist zu nennen: Thalheimer-Deborin „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus". Bd. 13 der Marxistischen Bibliothek

[3]) „Die Klassenverhältnisse und die Klassenkämpfe in den Niederlanden zur Zeit Spinozas." Vortrag, gehalten 1927 in der kommunistischen Akademie zu Moskau

Warum wohl?

„Aufruhr" in einem norwegischen Gefängnis

Oslo, 22. November.

In einem im Schloß von Akershus untergebrachten Gefängnis brach heute ein „Aufruhr" aus. Eine Anzahl Strafgefangener, die sich vor einiger Zeit an einer Gefängnisrevolte beteiligt hatten und deshalb zu Zusatzstrafen (!?) verurteilt worden waren, steckte die im zweiten Stockwerk des Gefängnisgebäudes gelegene Malerwerkstatt in Brand, schnitt die elektrischen Leitungen durch und griff einige Gefängnisaufseher tätlich an. Bei dem sich entspinnenden Handgemenge wurden einige Aufseher allerdings nur leicht verletzt. Polizei und „königliche" (!) Wachtsoldaten verhinderten zunächst weitere Unruhen und stellten die Ruhe wieder her.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, **von höchster Qualität.** Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

16)

Wie schwer ist es für mich, mit diesen Besitzerinstinkten zu kämpfen! (Ist es nicht deshalb so schwer für mich, weil mich noch selber das Joch dieser „Erbschaft" drückt?) Diese Eigenschaften nehmen sie von ihren Vätern und Müttern an, von den Brüdern und Schwestern. Das, was ihnen hier eingeimpft wird, was ich täglich versuche, zu ihrer Gewohnheit, zu ihren Gedanken, ihren Gefühlen zu entwickeln, geht ihnen zu Hause verloren: die Familie zerstampft in einer Sekunde alles, was hier im Laufe vieler Stunden in sie gepflanzt wird. Ich kämpfe hier nicht mit den Kindern, ich kämpfe mit der Familie, die noch im Althergebrachten lebt, die noch von der Liebe zu den Gegenständen durchdrungen ist.

Mit diesen Kleinen gehen wir durch die ganze Kommune, sie lernen die Arbeit der Erwachsenen in allen Wirtschaftsgebieten kennen. Natascha und ich lehren sie, diese Arbeit als eine Arbeit, die für das ganze Kollektiv, nicht für sich selbst geleistet wird, in sich aufzunehmen. Alle diese Menschen, die in Gruppen auf den Feldern, in der Getreide- und Oelmühle, in den Stallungen, in der Werkstatt, in der Molkerei und in der Küche arbeiten, sind keine Fremden, sind keine Nachbarn, die durch den Zaun des Eigentümers voneinander getrennt sind, sondern einander nahe Mitglieder einer einigen Familie, deren Leben nicht nach Erwerb strebt, sondern dem Wohle der Gemeinschaft gewidmet ist. Auch wir arbeiten täglich, auch wir leisten Arbeit für die Gemeinschaft: wir fabrizieren Spielsachen, zeichnen, schmücken unser Zimmer, wir pflücken Blumen für den Speiseraum, nähen Hefte für die Schulkinder, studieren unsere Maschinen, verfertigen eigene Modelle und stellen sie, in Gruppen verteilt, nach allen Regeln der Arbeitsteilung und Arbeitskraft zusammen. Wir lernen Anatomie und Physiologie der Tiere, ihre Lebensart und Lebensgewohnheiten, ihre Pflege. Wir studieren aber auch uns selbst, wir führen hygienische Bedingungen bei uns ein, organisieren Zellen verschiedener Art: für das Alltagsleben, für die Patenschaft über Vieh und Pflanzen. Eine der wichtigsten Zellen ist die Zelle für die Patenschaft über die eigenen Familien und über die Dorfkinder: wir streben danach, die Väter und Mütter so zu erziehen, daß sie sich nicht miteinander zanken, nicht grob sind, nicht beten, keine Heiligenbilder aufhängen, nicht klatschen. Wir gehen sehr oft in die benachbarten Dörfer, suchen Kontakt mit den Kindern, erzählen ihnen von unserer Kommune und überreden die Mütter, die Kinder in unsere Krippe und in unseren Kindergarten zu geben. Im Sommer arbeiten wir auf dem Feld: sitzend auf den Traktoren, auf den Mähmaschinen. Kraft und Stolz erfüllt auch die Kleinen, wenn sie Seite an Seite mit den Erwachsenen arbeiten.

Ich spüre, wie ich selbst in dieser Kinderwelt mir neue Gewohnheiten aneigne. Im Laufe dieses Jahres wurden meine Gefühle von meiner Ideologie, meinen Gedanken durchdrungen. Das sind nicht mehr Formeln aus Büchern, das ist mein Leben, meine innere Natur. Ich bemerke keinen Unterschied zwischen der Theorie und dem Verhalten. Früher glaubte ich immer ein Damoklesschwert über mir zu fühlen. Das Dogma, die Ideologie flößten mir immer, gleich strengen Richtern, ein Gefühl wie Furcht ein. Ich beobachtete mich stets: Jedes Wort erweckte die unruhige Frage: denke ich genügend marxistisch, habe ich mir den dialektischen Materialismus genügend angeeignet, habe ich keine kleinbürgerlichen, spießigen Abweichungen? Und wenn jemand von den Studenten und Genossen in einer Diskussion mir tückisch und höhnisch die Worte hinwarf:

„Du faselst puren Unsinn, Galja. Das ist keine bolschewistische Einstellung. Das ist ureigenstes Fabrikat. Lenin sagt darüber in dem und dem Artikel etwas ganz anderes."

Dann erstarrte ich vor Schrecken, rannte in die Bibliothek, blätterte den ganzen Lenin durch und suchte mit zitternden Händen und zitterndem Herzen jene Stelle, die der Genosse zitiert hatte.

Jetzt kommt es mir gar nicht in den Sinn, den Gang meiner Gedanken zu verfolgen. Marxismus, das bin ich, das ist mein gesellschaftliches Sein, und ich und alle Menschen hier, Groß und Klein, sind nicht voneinander zu trennen. Ich bin nur der Ausdruck von ihnen allen, und sie sind ich. Ihre Fehler sind meine Fehler, ihre Erfolge sind meine Erfolge, und ihre Aufregungen, ihre Sorgen, ihre Freuden gehen in mir auf. Ob das mit der Ideologie übereinstimmt, ob es dem Leninismus widerspricht — das mich selbst zu fragen, fällt mir nicht einmal ein.

Die Menschen hier sind aber trotzdem sehr verschieden, und auch ihre Beziehungen zu mir sind sehr verschieden. Einige von ihnen hassen mich, betrachten mich als ihren unversöhnlichen Feind, die anderen lieben mich und sind mit mir befreundet. Wieder andere sind gleichgültig, sie bemerken mich ebenso wenig wie sie alle anderen bemerken. In manchen rief ich schon in den ersten Tagen eine heftige Feindseligkeit hervor.

Die Frauen

Bald nach meiner Ankunft rief ich die Frauen zusammen und organisierte eine Aussprache mit ihnen über die Krippe und den Kindergarten, über die Erziehung der Kinder und die Ernährung der Säuglinge. Ich betonte während der ganzen Aussprache eindringlich, daß sie, die Kommunarinnen, die ersten Organisatorinnen der gemeinschaftlichen Kindererziehung in diesem verlassenen Winkel seien. Es waren viele Frauen gekommen. Sie saßen auf den Bänken des geräumigen Saales, in bunten Kleidern, mit Tüchern auf dem Kopf und ohne Tücher. Ihre Gesichter waren abgearbeitet, die Lippen fest aufeinander gepreßt. Forschende Fremdheit war in ihren Augen, in denen eine eigene, durch das Bauernleben erworbene, gefestigte, naive Weisheit flammte. Es waren auch viele Mädchen dabei, schon städtisch angezogen, in kurzen Röcken und Blusen. Einige waren kurz geschoren und auch ihre Gesichter waren ganz andere: herausfordernde, freche, hochmütige, und ihre Augen waren weit geöffnet, erregt, flimmernd. Sie hatten die alte Bauernetikette der gemachten Bescheidenheit und Schamhaftigkeit schon längst vergessen, sie spielten nicht wie ihre Mütter das „junge Mädchen", das nicht sie zogen ihre Münder nicht affektiert zusammen, senkten nicht die Blicke und sprachen nicht mit der leisen Stimme ergebener Sanftheit. Sie glichen Jungkommunistinnen und Fabrikmädchen. Sie benahmen sich ungezwungen, sprachen laut und lachten schallend. Die Frauen fuhren sie bissig an, sie aber wehrten sich dagegen mit geringschätzigem Lachen.

„Schämen solltet ihr euch, ihr dreckigen Luder! Wie frech sie sind und wie schamlos . . . und sind doch Mädchen . . ."

„Laß sie in Ruh, Pascha, sie kratzen dir noch die Augen aus. Würden sie bei ihren Familien im Dorf wohnen, dann bekämen sie vom Vater mit der Peitsche tüchtig eins übergezogen . . ."

Die Mädchen überschrien keck die Frauenstimmen.

„Bell nicht so laut, Tantchen Awdotja. Begnügt euch doch damit, daß ihr in eurer Jugend so schamhaft wart! Wir haben keine Ursache, uns zu schämen. Unsere Väter sind ebensolche Kommunare, wie wir es sind. Peitschen sind hier kein Privateigentum, und die Hände erheben sich hier nicht zum Prügeln."

An diesem denkwürdigen Abend war ich zum ersten Mal von den Zwischenrufen dieser Mädchen stürmisch begeistert. Das sind also die Mädchen, mit denen ich zusammenarbeiten werde! Die sind es also, die meine Stütze im Kampf sein werden! (Fortsetzung folgt.)

Übergangslosungen*)

Die revolutionäre Bedeutung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der SAP

Von Hans Jacobsohn

II.

Die Durchführung der Forderungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bedeutet kein „gemütliches Einrichten" im Kapitalismus. Jede kapitalistische Regierung — mag sie nun Papen oder Schleicher oder sonstwie heißen — wird sich gegen eine Bewegung zur Wehr setzen müssen, die für diese Forderungen kämpft, da sie den Interessen des heute herrschenden Monopolkapitalismus und der Großagrarier konträr entgegengesetzt sind. Wendet sich doch unser Programm gegen all die Maßnahmen, die der kapitalistische Staat heute anwendet, um den Trusts und Konzernen die zusätzlichen Monopolprofite zu sichern, die sie aus den breiten Massen herausschinden müssen, um in der Krise existieren zu können. Die Ausbeutung der Massen durch überhöhte Preise, indirekte Steuern und direkte Massensteuern für Subventionen, für den Machtapparat der herrschenden Klasse, für die Hungerunterstützungen an die durch die Profitwirtschaft um ihre Arbeitsplätze Betrogenen erreicht eine Höhe wie nie zuvor. Die Forderung nach Inbetriebsetzung der stillgelegten Betriebe durch die Arbeiterorganisationen trifft den Grundpfeiler des kapitalistischen Systems: das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln.

Je mehr diese Kampflosungen die Massen ergreifen werden, je mehr der Staatsapparat sich gegen ihre Verwirklichung wenden wird, desto mehr wird in breitester Oeffentlichkeit der arbeitenden Bevölkerung Klarheit verbreitet werden über den Unsinn dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Durch die Tageskämpfe wird zum aktuellen Gesprächsstoff, zum alle bewegenden Thema werden, daß doch alles da ist, um zu produzieren: daß die Kohle zu Millionen Tonnen ungenützt auf den Halden des Ruhrgebiets liegt, daß die Maschinen ungenützt verrosten, daß Produktionsmittel und Arbeitskräfte nur deshalb brach liegen, weil zwischen ihnen steht das Privateigentum einzelner Weniger an den Produktionsmitteln. Sie werden die Massen im Verlauf dieser Kämpfe von der Notwendigkeit überzeugen,

daß diese Schranke niedergerissen werden muß im Interesse des Volkes, daß sie eine Fessel der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist.

Jeder Widerstand des kapitalistischen Staatsapparates wird den moralischen Kredit dieses Staates in den Augen der breiten Massen untergraben. Vor aller Augen wird sich in der Praxis der Charakter dieses Staates enthüllen. Hier, wo die einzige praktische Möglichkeit offenbar wird, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dieses Uebel, das 90 Prozent des deutschen Volkes als das zentrale Problem der Politik und der Wirtschaft empfinden, wird sich der kapitalistische Staat, wird sich die kapitalistische Klasse als Gegner dieser Lösung bekennen müssen. Und das ist die Hauptsache: Dem herrschenden Regime jedes Ansehen im Volke zu nehmen!

In Anbetracht der allgemeinen Verwirrung im antikapitalistischen Lager — in den Reihen der Proleten von NSDAP, KPD und SPD — steht vor allen anderen Aufgaben diese:

Klarheit zu schaffen über das Ziel der sozialistischen Revolution und den Weg zu ihr.

Deshalb ist die SAP heute so notwendig — als eine Gemeinschaft all derer, die den Mut haben, eine Weile gegen den Strom der großen Parteien zu schwimmen, um in dieser Pause der Revolution die Fahne des Sozialismus hoch zu halten. Nur ist es notwendig, daß wir mit unserer Erkenntnis nicht zu Hause bleiben. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm und seine Losungen haben vor allem auch die Aufgabe, uns ein Mittel zu sein, um propagandistisch stärker als bisher hervorzutreten.

Der stärkste Hemmschuh auf dem Wege zu einer solchen allgemeinen Bewegung ist heute das mangelnde Selbstvertrauen der Arbeiterschaft zu ihrer eigenen Kraft. Nur wenn es gelingt, die reformistischen Illusionen in der deutschen Arbeiterschaft, insbesondere in ihrem entscheidenden Kader: den sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, zu zerstreuen, wieder in ihr Bewußtsein zurückzurufen, daß „die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann", wird die Arbeiterklasse ihre historische Rolle erfüllen können: Totengräber des Kapitalismus zu sein.

Jede Reform, konsequent durchgeführt und erzwungen von der Arbeiterschaft, muß heute revolutionär wirken. Diese Tatsache muß bei der Aufklärungsarbeit unter den reformistischen Arbeitern ausgenützt werden. Wir müssen überzeugen und nicht schimpfen, wie die Kommunisten es leider so oft tun, und überzeugen können wir am besten durch die revolutionäre Praxis. Sie ist stets die größte Lehrmeisterin des kämpfenden Proletariats gewesen. Wenn es uns gelingt, die sozialdemokratischen Arbeiter durch unsere Gewerkschaftsarbeit auf die Uebergangsparolen unseres Arbeitsbeschaffungsprogramms festzulegen, wird im Kampf der Arbeiterschaft um die Erfüllung dieser Forderungen die Ueberwindung der reformistischen Illusionen leichter sein als in mehr oder weniger theoretischen Diskussionen über den „Verrat des Reformismus" usw.

Zunächst wird es darauf ankommen, die Streiks auf eine höhere Stufe des politischen Kampfes zu stellen.

Nur wenn sie als politische Kämpfe geführt werden, wenn wir sie erheben zu politischen Angelegenheiten der gesamten proletarischen Bevölkerung, wird es auf die Dauer möglich sein, zu verhindern, daß die Arbeitslosen den Betriebsarbeitern in den Rücken fallen. Die Arbeitslosen müssen wissen, daß es in diesen Kämpfen auch um ihre ureigensten Interessen geht. Deshalb dürfen die Streiks nicht nur gegen die Lohnabbauforderungen der Unternehmer, allenfalls gegen einzelne Absätze der Notverordnung, die diesen Lohnraub juristisch begründen, geführt werden. Der Elan eines jeden Streiks muß auch zugleich dazu ausgenutzt werden, um durch die Propagierung von Uebergangslosungen, wie Inbetriebnahme der stillgelegten Betriebe durch die Arbeitslosen, den einzigen Ausweg für alle Proletarier aus der Not der Krise in konkreter Form anschaulich zu machen: den Aufbau des Sozialismus in Deutschland, der die einzige Rettung für Betriebsarbeiter und Arbeitslose, für das ganze Proletariat ist.

Die Losung der Inbetriebsetzung der stillgelegten Betriebe durch die Arbeiter ist nicht am grünen Tisch von Theoretikern erdacht. Sie könnte, wenn sie richtig propagiert wird, wie eine Bombe einschlagen, weil sie der ökonomischen und politischen Situation entspricht. Vor einigen Wochen ging eine Nachricht über Notschächte der arbeitslosen Kumpels in Polnisch-Oberschlesien und im Ruhrgebiet durch die Presse. In ihrer Not hatten sie mit primitiven Hilfsmitteln selbst begonnen, Schächte in den Boden zu graben und Kohle zu fördern. Wir haben nähere Einzelheiten über diese Bewegung nicht erfahren, lediglich, daß sie in kurzer Zeit mehrere tausend Menschen erfaßt hatte und die Polizei angeblich wegen der großen Zahl der vorgekommenen Unfälle, in Wirklichkeit aus rein kapitalistischen Profitinteressen, die mühsam errichteten Schächte mit Dynamit sprengen ließ.

Wenn eine solche Bewegung für Arbeiterkontrolle der Produktion unter befähigter Führung erst einmal ins Rollen gekommen ist, wird sie bei einzelnen Erfolgen oder auch Mißerfolgen nicht stehen bleiben, sondern immer stärker nicht nur an Einfluß, sondern auch an Erkenntnis wachsen. Sie dient damit zugleich der geistigen Vorbereitung auf die Aufgaben nach der Machtergreifung. Wir werden ganz anderer Anstrengungen, ganz anderen Wissens bedürfen als die Kommunisten in Rußland, um die Leitung der Produktion selbst in die Hände der Arbeiterschaft zu übernehmen. Die Arbeiterkontrolle der Produktion muß daher vor allem auch den Betriebsräten Einblick in die Betriebsführung geben, ihre Erfahrungen müßten durch die Arbeiterpresse der proletarischen Oeffentlichkeit übermittelt werden. So wie die Räte, die einmal die Diktatur des Proletariats ausüben werden, sich in den Kämpfen des Proletariats erst bilden müssen, so wird auch die Fähigkeit der Arbeiterschaft, die Produktion zu übernehmen und selbst zu leiten, erst aus dem Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion erwachsen.

In manchen Köpfen hat sich eine gefährliche romantische Vorstellung, eine Art Schablone der Revolution entwickelt. Die Revolution besteht danach anscheinend nur in Barrikadenkämpfen, Blut, roten Fahnen, Glockengeläut, und dann ist eben die Revolution da, trara, trara! Der Gewalt kommt gewiß eine wichtige Rolle in der Revolution zu, aber sie allein kann die Revolution nicht zum Siege führen. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht" (Karl Marx). Aber es muß erst im Schoße der alten Gesellschaft die neue Ordnung heranwachsen in Form des bewußten Wollens der arbeitenden Klasse, den Staatsapparat und die Wirtschaft zu übernehmen für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Dazu müssen die Uebergangslosungen der Sozialistischen Arbeiterpartei den Weg weisen.

*) Der erste Teil dieses Aufsatzes erschien als Leitartikel in der „SAZ" Nr. 263 vom 18. November.

Streik! Kampfeswille! — Und dennoch Niederlage

Betriebs-Bericht aus Forst, dem deutschen Manchester

Eigentlich wäre es ja schon mit der Ueberschrift klar, und die Antwort auf alles heißt ja: „Das alte Lied". Dennoch aber ist gerade dieser Kampf von weittragender Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft im Textilgewerbe. Die Ursache dieser Niederlage soll hiermit einer sachlichen Kritik unterzogen werden.

Nicht nur mit seinen Bukskins ist Forst (Lausitz) bekannt, sondern hier befindet sich auch die — „im Weltruhm sich sonnende" — Roßhaarweberei Hänsel & Co. Aber auch unter der Textilarbeiterschaft hat sich diese Firma besonderen Ruhm gesichert. Schon seit Jahren wird in diesem Betriebe die Rationalisierung „en gros" betrieben.

Anfang Mai dieses Jahres glaubte die Betriebsleitung, den Hauptschlag ausführen zu können und so versuchte man, der Arbeiterschaft das Zweistuhlsystem aufzuzwingen. Die Belegschaft lehnte einmütig ab und brachte ihren Willen in einer umfangreichen Unterschriftensammlung zum Ausdruck. Räudige Schafe gibt es aber überall, und so fanden sich denn 9 Weber ein und begannen mit der Bedienung von zwei Webstühlen.

Mit diesem Beginnen stand auch der Tarifbruch der Firma fest. Viele Textilarbeiter forderten rücksichtslosen Kampf gegen das Zweistuhlsystem und waren sich darüber klar, daß man dem Sinnspruch gemäß: „Vereinzelt seid ihr nichts — vereinigt alles!", sofort Gegenmaßnahmen ergreifen muß. Noch aber lächelten Betriebsrat und Verbandsleitung, denn sie glaubten ja noch, daß es zum Kämpfen Zeit hat.

Immer verzweifelter wurde die Stimmung der im Betrieb Tätigen. Entlassungen von Einstuhlwebern wurden angekündigt und die Webstühle für das Zweistuhlsystem hergerichtet. Es mehrten sich die Wankelmütigen, die, sich selbst überlassen, dem Druck als einzelne nicht standhielten. Keiner wollte unter denen sein, die auf die Stempelbude mußten. So kam es denn, daß den Beeinflussungen der Meister und Direktoren immer mehr der im Betrieb Tätigen erlagen und die Zahl der Zweistuhlweber größer wurde. Bis zum Oktober dieses Jahres waren es dann 63 Textilarbeiter, die sich dem Zweistuhlsystem unterworfen hatten.

Die Differenzen zwischen Zweistuhlwebern und Betriebsleitung mehrten sich, denn das Geldverdienen mußte groß geschrieben werden. Die Leistungen blieben zum Teil hinter denen der Einstuhlweber zurück. Nach längeren Verhandlungen mit den Gewerkschaften kündigten am 10. Oktober die Zweistuhlweber und boten ihre Arbeitskraft nach Ablauf der Kündigungszeit zur tarifmäßigen Einstuhlarbeit an. Der Unternehmer nahm die Kündigung an und entließ sämtliche Zweistuhlweber.

Die Gewerkschaften rieten nun den Entlassenen, sich arbeitslos zu melden. Damit glaubten die Gewerkschaften dem Zweistuhlsystem den Todesstoß versetzt zu haben.

Hier aber machten die Arbeiter nicht mit, denn keiner wollte die Arbeitsstelle verlieren. — Und so begann der Kampf! Als die Einstuhlweber Mehrarbeit und Streikarbeit verrichten sollten, legten sie die Arbeit nieder. Das war Mitte Oktober. Sofort antworteten die Unternehmer und drohten mit Aussperrung von ungefähr 10 000 Textilarbeitern. Die Kündigungen erfolgten zum 6. November mittags 12 Uhr.

Vor dieser großen Basis des Kampfes bekamen jedoch die Führer der Gewerkschaften unheimlichen Respekt. Sie glaubten diese Opfer nicht bringen zu können und ließen nichts unversucht, eine Abwürgung des Streiks zu erreichen. Die Stimmung der Streikenden war aber dennoch gut. In mehreren Abstimmungen zeigten sie ihren einheitlichen Willen, dem Kampf zum Siege zu verhelfen.

Die örtliche Leitung des Textilarbeiterverbandes holte sich vom Hauptvorstand den Kollegen Feinhals zu Hilfe. Ja, man ging soweit, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten und bessere Arbeitsbedingungen für die Zweistuhlweber herauszuholen. Dies kam einer Anerkennung des Zweistuhlsystems gleich.

Kollege Golle, Geschäftsführer der Zahlstelle Forst (Lausitz), gab dann auch in einem Flugblatt, das zur Verteidigung herausgegeben war, zu, „daß die Zweistuhlarbeit aus verschiedenen Gründen nicht mehr zu verhindern und eine Tarifizierung anzustreben sei . . ."

Stürmisch verliefen die Versammlungen der Streikenden. Die Angestellten mußten viele Vorwürfe einstecken. Da griff man zum letzten Mittel. Keine der Abstimmungen wurde von der Leitung anerkannt und gesonderte und geheime Abstimmungen verlangt. Hierbei schaltete man nun die RGO aus. Durch diese Beeinflussungen gelang es denn auch folgendes Ergebnis zu erzielen:

Deutscher Textilarbeiterverband
69 für Weiterführung des Streiks, 37 dagegen

Christliche
8 für Weiterführung des Streiks, 5 dagegen

Von der RGO verlangte man zwar die Arbeitsniederlegung; doch ließ man diese Kollegen über die Weiterführung des Kampfes nicht mitstimmen.

Von den Mitgliedern der tarifbeteiligten Parteien brachte die Abstimmung insgesamt 77 für Streikweiterführung und 42 dagegen. Bei den Christlichen war die Zweidrittelmehrheit erreicht, wogegen beim DTV noch 5 Stimmen hierzu fehlten.

Wären nun die RGO-Kollegen weiterhin im DTV geblieben, so hätte die Verbandsbürokratie diesen Schachzug nicht machen können. Wir sehen also, daß es zwecklos ist, die Reformisten durch Flucht aus den Gewerkschaften schlagen zu wollen, sondern hier ist wieder der Beweis erbracht, daß nur der Kampf innerhalb der Gewerkschaften den Kampfcharakter und die Revolutionierung der Gesamtklasse fördern kann.

Wieder ein Fiasko der RGO-Politik

Betriebsrätewahl im Wurmgebiet

D. d. Aus Aachen kommt die Meldung von einem neuen Fiasko kommunistischer Gewerkschaftspolitik. Auf der Grube „Maria" waren die kommunistischen Betriebsratsmitglieder von ihren Aemtern zurückgetreten infolgedessen das Arbeitsgericht Neuwahlen angesetzt hatte. Das Ergebnis ist folgendes:

Freie Gewerkschaften:
391 Stimmen (1931: 350, 1930: 425)

Kommunisten:
692 Stimmen (1931: 912, 1930: 1288)

Christliche Gewerkschaften:
996 Stimmen (1931: 771, 1930: 790)

Nationalsozialisten:
218 Stimmen (1931: 248, 1930: —)

Der Stimmenverlust der Kommunisten mit 220 Stimmen ist um so katastrophaler, da er bei weitem die Verringerung der Belegschaft, die nach den Wahlergebnissen 113 Mann beträgt, überschritten hat, wogegen die freien Gewerkschaften nur 41 Stimmen aufholen konnten. Der Verlust der Nazis mit 10 Stimmen kommt nicht überraschend. Eine gewaltige Zunahme hingegen haben die christlichen Gewerkschaften zu verzeichnen, die um 220 Stimmen anstiegen.

Auch dieses verheerende Ergebnis zeigt wieder, daß die RGO außerstande ist, die von den Arbeitern in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen und deshalb nur Enttäuschung in den Betrieben auslöst. Bei Gegenüberstellung der Zahlen von 1930 und heute ist die Belegschaft um 319 Mann zurückgegangen, wogegen die Kommunisten mit einem Verlust von 596 Stimmen auf fast die Hälfte zusammengeschrumpft sind.

Trotz der parlamentarischen Wahlsiege der KPD nimmt sie, was wir schon bei der letzthin auf der Zeche „Westfalen" Hamm (Westf.), stattgefundenen Betriebsrätewahlen feststellen mußten, gerade da ständig an Einfluß ab, wo die entscheidenden Faktoren für außerparlamentarische politische und wirtschaftliche Kämpfe liegen, nämlich in den Betrieben. Das Mißverhältnis zwischen den Parlaments- und Betriebsrätewahlen zeigt aber die subjektive Bedeutungslosigkeit kommunistischer Parlaments-Wahlerfolge, da sie für den revolutionären Kampf wenigen oder gar nicht in die Wagschale fallen. Die Beispiele von der Zeche „Westfalen" und der Grube „Maria" sind der sinnfällige Ausdruck dafür, wie durch die kommunistische Katastrophenpolitik in den Betrieben dort mehr und mehr die revolutionäre Front zerschlagen wird, was wiederum ein Beweis dafür ist, daß nur durch die oppositionelle revolutionäre Arbeit innerhalb der Gewerkschaften eine Reorganisierung und Zusammenfassung der revolutionären Kräfte innerhalb der Betriebe möglich ist. Unsere Aufgabe ist es, in noch stärkerem Maße als bisher darauf einzuwirken.

Der Wille zum Kampf ist da!

Die Lithographen und Steindrucker in Hannover nahmen in einer Vollversammlung Stellung zu der Kündigung des Tarifes durch die Unternehmer. Weiter stellte man die Auffassung über die Einführung der Fünftagewoche fest. Die rege Diskussion, die nach kurzen Worten des Vorsitzenden einsetzte, zeigte deutlich die Auffassung der Kollegenschaft. Alle Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß man bereit wäre, jeden neuen Raubzug auf Löhne und Arbeitsbedingungen mit den allerschärfsten Kampfmaßnahmen zu beantworten. Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, das war die allgemeine Parole. Auch daß man mit dem lauen Verhalten der Gewerkschaftsführung in Zukunft nicht mehr einverstanden sein wollte, wurde von fast allen Diskussionsrednern betont.

Zu dem Antrage der Hannoverschen Buchdrucker auf Einführung der Fünftagewoche sprach zuerst der Kollege H. (KPD). Er erklärte, daß eine solche Reglung nur bei vollem Lohnausgleich und Einstellungszwang für die Unternehmer zur Unterbringung der jetzigen Erwerbslosen durchgeführt werden könne. Koll. W. (SAP) schloß sich den Ausführungen H. an und betonte, daß diese Sache eine Angelegenheit sei, die nur im Reichsmaßstabe geregelt werden könne und daß die Verhandlungen deshalb auch zentral geführt werden müßten. Er begründete dann die Resolution, die Reglung dieser Angelegenheit vom Verbandsvorstand fordert und zum Ausdruck bringt, daß die Fünftagewoche nur bei vollem Lohnausgleich und Einstellungszwang in Frage käme. Sie wurde einstimmig angenommen.

Die Einheitsfront

SPD.-, SAP.- u. KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß

DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probe-Nummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7